

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

21. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 in Sankt Petersburg, Russische Föderation

Inhaltsverzeichnis

| | Seite | |
|--|-------|--|
| I Zusammenfassung | 1 | An der 21. Jahrestagung der BSPC nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der nationalen und regionalen Parlamente der elf Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments sowie Vertreter der Europäischen Kommission, der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zahlreiche Beobachter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen teil. Das Generalthema lautete „Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion“. Die Delegierten befassten sich in vier Sitzungsabschnitten mit den Themen „Regionale Partnerschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Umwelt, Gesundheit und Energiezusammenarbeit“, „Eine sichere und gesunde Ostsee“ und „Gesundheit, soziales Wohlergehen und wirtschaftliche Entwicklung“. Die Delegierten verabschiedeten am letzten Konferenztag einstimmig die unter Punkt VIII abgedruckte Resolution. |
| II Konferenzeröffnung | 2 | |
| III Erster Sitzungsabschnitt „Regionale Partnerschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion“ | 2 | |
| IV Zweiter Sitzungsabschnitt „Umweltgesundheit und Zusammenarbeit in Energiefragen“ | 7 | |
| V Dritter Sitzungsabschnitt „Eine sichere und gesunde Ostsee“ | 10 | |
| VI Vierter Sitzungsabschnitt „Gesundheit, soziales Wohlergehen und wirtschaftliche Entwicklung“ | 11 | |
| VII Verabschiedung der Konferenzdokumente und Wahl der Vorsitzenden | 14 | |
| VIII Verabschiedete Konferenzresolution | 15 | |
| I Zusammenfassung | | Im Zentrum der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz stand erneut die Frage der Verbesserung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Generell wurde anerkannt, dass viele positive Entwicklungen zu verzeichnen seien und sich der Ostseeraum zu einer Region des Friedens, der Demokratie und der gut nachbarschaftlichen Beziehungen weiter entwickelt habe. Gleichwohl gebe es Teile in der Region, wie der Nordwesten, die wirtschaftlich noch immer benachteiligt seien und gezielte Strategien und Investitionen benötigten, um mit den anderen Regionen im Ostseeraum gleich zu ziehen. Bei den Entwicklungen im maritimen Sektor wurde die Einrichtung von emissionsfreien Gebieten zwar generell begrüßt, viele Teilnehmer befürchteten aber, dass durch die Umstellung auf neue teurere Schiffstreibstoffe Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft in der Region eintreten könnten. Viele Redner gingen auch ein auf neue gesellschaftliche Herausforderungen wie die alternde Gesellschaft, steigende Gesundheitskosten und die Bewältigung von Problemen wie Menschen- und Drogenhandel und Korruption. Von Seiten des Gastgeberlandes Russland wurde die Konferenz auch genutzt, um auf Erfolge und Verbesserungen der Infrastrukturen in der Region Sankt Petersburg, wie auf die Abwasserkläranlage |
| Die 21. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (<i>Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC</i>) fand vom 26. bis 28. August 2012 in Sankt Petersburg, Russische Föderation, statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an: | | |
| – Abgeordneter Franz Thönnies (SPD), Delegationsleiter | | |
| – Abgeordneter Dr. Johann Wadepful (CDU/CSU), stellv. Delegationsleiter | | |
| – Abgeordneter Jürgen Klimke (CDU/CSU) | | |
| – Abgeordneter Herbert Behrens (DIE LINKE.) | | |

von Sankt Petersburg und den Ausbau des Hafens der Stadt, hinzuweisen. Vertreter Russlands betonten immer wieder, wie wichtig die Einbindung aller Akteure der Region in gemeinsame Projekte sei und dass Russland großen Wert auf gute nachbarschaftliche Beziehungen lege.

II Konferenzöffnung

Die Konferenz wurde von der Vorsitzenden der Ostseeparlamentarierkonferenz und Leiterin der Delegation der russischen Staatsduma, Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Föderation), eröffnet. Sie begrüßte die Vertreter und Vertreterinnen der Staaten der Ostseeregion und zahlreicher Organisationen, darunter auch führende Vertreter von zwischenstaatlichen Organisationen. Zurückblickend auf das Jahr ihrer Präsidentschaft in der BSPC unterstrich sie, dass der Ausbau der Stabilität in der Region und die Verbesserung des Umweltschutzes ein Hauptanliegen ihrer Arbeit als Vorsitzende gewesen seien.

Der Vizepräsident der russischen Staatsduma, Abgeordneter **Ivan Melnikov** (Russische Föderation), hieß die Gäste im Namen des Präsidenten der Staatsduma, Sergej Narishkin, willkommen. Er stellte fest, dass ein offener und umfassender politischer Dialog den regionalen Fortschritt fördere und Russland sich als verlässlicher Partner bei der Zusammenarbeit in allen Bereichen erwiesen habe. In dem von ihm verlesenen Grußwort des Präsidenten wurde unterstrichen, dass der russische Vorsitz im Ostseerat die gute geleistete Arbeit des deutschen Vorsitzes fortsetzen wolle und seine Prioritäten auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der Region legen wolle. Nordwestrussland und Westeuropa verbinde eine gute Zusammenarbeit, besonders in den Bereichen Gesundheitsvorsorge, Tourismus und Umweltschutz. Das Anliegen, grünes Wachstum zu fördern, sei ein weiterer wichtiger Punkt ebenso wie die Stärkung des Zusammenhalts und des Abbaus von Verwaltungshindernissen.

Der Leiter der Delegation des russischen Föderationsrates, Abgeordneter **Vadim Tiulpanow** (Russische Föderation), äußerte sich sehr zufrieden über die parlamentarische Zusammenarbeit mit den Schwerpunkten wirtschaftliches und soziales Wohlergehen, nachhaltige Umwelt und Sicherheit in der Region. Er befürwortete die Schaffung eines visafreien Systems, das russischen Touristen, die mit Fähren in andere Ostseeanrainerstaaten reisten, die Möglichkeit geben würde, sich 72 Stunden ohne ein Visum in diesen Staaten aufzuhalten, was eine wesentliche Erleichterung wäre. In Russland warteten viele auf ein diesbezügliches Signal des Westens.

Der Präsident des Regionalparlaments der Stadt Sankt Petersburg, Abgeordneter **Vyacheslav Makarov** (Russische Föderation), hieß die Teilnehmer im historischen Gebäude des Mariinski-Palastes, dem Sitz des Regionalparlaments der Stadt Sankt Petersburg, willkommen. Er stellte mit Stolz und Freude fest, dass es gelungen sei, mit dem Bau der großen Abwasserkläranlage 95 Prozent des Abwassers in Sankt Petersburg zu reinigen und sämtliche Umweltverträglichkeitsprüfungen im Hinblick auf die Si-

cherheitsauflagen erfolgreich zu erfüllen. Der Hafen von Sankt Petersburg binde auch die Regionen Karelien und Kaliningrad ein und sei daher stark frequentiert. Die Abschaffung der Visaregelungen zugunsten russischer Staatsbürger würde erheblich zur wirtschaftlichen Förderung beitragen und Verwaltungshindernisse abbauen.

Stellvertretend für den russischen Außenminister Sergej Lawrow verlas **Sergej Petrovich**, stellvertretender Direktor der zweiten Europäischen Abteilung im russischen Außenministerium und Vorsitzender des Ausschusses hoher Beamter im Ostseerat, ein Grußwort, in dem der russische Außenminister betonte, dass der russische Vorsitz im Ostseerat die Prioritäten der früheren Vorsitze des Ostseerates fortsetzen wolle und dies in enger Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der Ostseeparlamentarierkonferenz geschehen solle.

III Erster Sitzungsabschnitt „Regionale Partnerschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

Der erste Sitzungsabschnitt war dem Thema „Regionale Partnerschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion“ gewidmet. In elf Vorträgen wurden verschiedene Aspekte dieses Themas beleuchtet, die anschließend in der Plenardebatte aufgegriffen wurden. Als erste Rednerin legte die Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Föderation), ihren Tätigkeitsbericht über ihre Präsidentschaft in der BSPC vor. Es sei ihr ein besonderes Anliegen gewesen, die Integration der Region durch den Aufbau und die Stärkung guter Beziehungen zwischen allen Mitgliedern der Ostseeanrainerstaaten zu fördern. Die bereits bestehende gute Zusammenarbeit noch weiter auszubauen, liege im Interesse aller Ostseestaaten und ihrer Bürger. Niemand solle außen vor gelassen werden, und durch gezielte Maßnahmen könne das Leben der Menschen der Region verbessert werden. Die Weichen für das Leben der nächsten Generation müssten so gestellt werden, dass eine gesunde Umwelt und ein guter sozialer Zusammenhalt gewährleistet seien. Hierzu seien eine innovative Modernisierung, regionale Partnerschaften sowie Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Partnern erforderlich. Der Zustand der Ostsee müsse weiter verbessert und grünes Wachstum und Energieeffizienz gefördert werden. Der Nordwesten Russlands mit seinen 13 Millionen Einwohnern brauche verbesserte Arbeitsmöglichkeiten und mehr Integration ebenso wie Zusammenarbeit bei Bildung und Wissenschaft. Die maritime Sicherheit und der Ausbau der logistischen Ressourcen seien weitere wichtige Themen ebenso wie die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität. Besonders liege ihr die Förderung der Mobilität der Menschen der Region am Herzen – auch durch erleichterte Visabedingungen. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe bei ihrem kürzlichen Besuch in Russland Unterstützung in dieser Hinsicht signalisiert. Für die Ostseeparlamentarierkonferenzen befürworte sie die Beteiligung von Jugendorganisationen und Jugendvertretern, wodurch gerade junge Menschen aktiv in die Arbeit der BSPC eingebunden werden könnten. Zwischen den in der Ostseeregion tätigen Organisa-

tionen und Gremien müsse es mehr Koordination geben. Die Zusammenarbeit mit dem Ostseerat sei zu begrüßen, ebenso wie die Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten mit der Helsinki-Kommission (HELCOM). Die Beziehungen und Kontakte müssten aber auch über die Ostseeregion hinaus reichen. Der Dialog und die Zusammenarbeit mit der Politik der Nördlichen Dimension der Europäischen Union (EU) seien hierbei wichtige Faktoren.

Der stellvertretende Direktor der zweiten Europaabteilung des russischen Außenministeriums und Vorsitzender des Ausschusses hoher Beamter im Ostseerat, **Sergej Petrovich**, berichtete über die Prioritäten des russischen Vorsitzes im Ostseerat. Als wichtiges Forum der Zusammenarbeit in der Region sei der Ostseerat nicht mehr wegzudenken. Er vertrete die Interessen der Bürger der Region und setze sich für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung ebenso wie für Handel und Tourismus und die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen der Länder untereinander ein. Die von der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat gesetzten Prioritäten – Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Verbesserung der Attraktivität der südöstlichen Ostseeregion – würden von der russischen Präsidentschaft weiter verfolgt. Dazu gehöre auch die gezielte Strategie für Nordwestrussland. Auf dem Gipfeltreffen in Stralsund habe man hierfür als Finanzrahmen eine Million Euro festgelegt. Zu den Regionen, denen diese Strategie gelte, zählten die Oblast Kaliningrad und die Region Karelien, aber auch andere Regionen der Russischen Föderation im Ostseeraum. Ein weiteres wichtiges Thema sei die verbesserte Kooperation bei der Energiesicherheit durch verstärkte Integration der Energiesysteme. Hierzu sei ein größerer Investitionsfonds im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften eingerichtet worden. Mit zahlreichen in der Ostseeregion geplanten Regionalprojekten und Veranstaltungen, wie dem Forum der Nichtregierungsorganisation (NRO) zum Thema Menschenhandel und Korruption, zeige die Ostseeregion, welche Vielfalt an Aktivitäten sie auf ihrem Weg zu einer Modellregion Europas umsetze. Dazu gehöre auch und im Besonderen die intensive Zusammenarbeit im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Der Leiter des Arbeitsstabs „Deutscher Vorsitz im Ostseerat“, Botschafter **Gerhart Almer** (Auswärtiges Amt), berichtete über die Arbeit des im Juli 2012 zu Ende gegangenen deutschen Vorsitzes im Ostseerat. Eingehend auf die Zusammenarbeit zwischen Ostseeparlamentarierkonferenz und Ostseerat betonte er, dass diese für beide Seiten sehr nutzbringend sei. Sie binde zahlreiche Akteure der Region ein und demonstriere, dass die Identität der Region und das Gefühl der Zusammengehörigkeit weiter gestärkt würden. Der deutsche Vorsitz im Ostseerat (1. Juli 2011 bis 31. Juli 2012) habe viele Ideen und Projekte aufgegriffen, den Schwerpunkt seiner Arbeit aber auf drei Bereiche gelegt. Erstens die Modernisierung der Partnerschaft für die südöstliche Ostseeregion (SEBA): Trotz eines starken Wachstums in der Ostseeregion gebe es nach wie vor Unterschiede zwischen dem Südosten und dem Nordwesten der Region. Hier habe der Gedanke der Modernisierung seinen Anfang genommen. Angesichts der anschließenden russischen Präsidentschaft

im Ostseerat sei die Gelegenheit ergriffen worden, dieses Modernisierungsprojekt auf ein langfristiges Fundament zu stellen. Besondere Aufmerksamkeit hätten Kaliningrad und seine Verbindungen zu Nachbarregionen erhalten. Die Arbeitsminister der Mitgliedstaaten des Ostseerates hätten hierzu auf ihrem Treffen am 5. Februar 2012 in Plön ein ehrgeiziges Programm ins Leben gerufen, in dem die Zusammenarbeit in den Bereichen Tourismus, Erweiterung von öffentlich-privaten Partnerschaften, Jugendaustausch, Hochschul- und Wissenschaftszusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle spiele.

Als zweiten Schwerpunkt nannte Botschafter Almer einen kohärenten Rahmen für die Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Ziel sei es, den Ostseerat stärker in die neuen Kooperationsstrukturen der Ostseeregion einzubinden und damit einen kohärenteren Rahmen der Zusammenarbeit in der gesamten Region zu schaffen. In Helsinki habe die Ostseeparlamentarierkonferenz im Jahre 2011 gefordert, Aktivitäten im Rahmen der EU-Ostseestrategie, des Ostseerates und der Nördlichen Dimension stärker miteinander zu verknüpfen und einen engeren Abgleich der politischen Prioritäten und Zielsetzungen auf gleichberechtigter Basis und zum gegenseitigen Nutzen herzustellen. Der derzeitige Aktionsplan für die EU-Ostseestrategie sehe als eine neue Querschnittsaufgabe die verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarn in den russischen Regionen vor.

Der dritte Schwerpunkt des deutschen Vorsitzes sei die Stärkung der regionalen Identität in der Ostseeregion – eine Identität, die durch den Ostseerat symbolhaft verkörpert werde. Was den Ostseerat so besonders auszeichne, sei die Zusammenarbeit nach dem Prinzip „von unten nach oben“, die sicherstelle, dass sich die Bewohner der Ostseeregion stark mit ihrer Region, ihrer Geschichte und Kultur identifizierten. Dies sei ein besonderes Merkmal der Ostseeregion, in der eine lebendige Bürgergesellschaft, kritische und engagierte Bürger, besonders auch in der jüngeren Generation, viel zur Entwicklung und zur Zusammenarbeit in der Region beitrügen. Im Zeitraum des deutschen Vorsitzes sei innerhalb der Schengen-Staaten erreicht worden, dass es nach langen Verhandlungen zur Erleichterung der menschlichen Kontakte schließlich eine vereinfachte Visaregelung für den örtlichen Grenzverkehr zwischen Polen und der russischen Oblast Kaliningrad gebe. Diese werde dazu beitragen, die Region noch stärker zusammenwachsen zu lassen. Bildung und Kultur seien weitere Bereiche, denen Deutschland große Bedeutung beimesse. Ziel sei es, die Ostseeregion zu einer Region des Wissens und der Bildung im weitesten Sinne werden zu lassen. Auch beim Projekt eines virtuellen Ostseegeschichtsbuches gebe es Fortschritte zu verzeichnen. Dem Projekt liege die Idee zugrunde, die Geschichte und Kulturen der Staaten und der Regionen im Ostseeraum zusammen zu bringen und gemeinsame, aber auch unterschiedliche Sichtweisen darzulegen. In Bezug auf soziale Angelegenheiten und den Arbeitsmarkt in der Ostseeregion sei es unbedingt erforderlich, die Jugendarbeitslosigkeit weiter zu reduzieren und die Mobilität der Arbeitskräfte in der Region zu verbessern.

Neben den genannten Schwerpunkten habe sich der deutsche Vorsitz auch mit den langfristigen Zielen und den verschiedenen Sachverständigengruppen des Ostseerates befasst, wie Umweltschutz und Energiepolitik. Die Ostseeparlamentarierkonferenz habe durch die Wahl des diesjährigen Konferenzthemas und durch die Beschlüsse der vergangenen Jahre bekräftigt, wie wichtig ihr das Thema Nachhaltigkeit bei der Zusammenarbeit in der Ostseeregion sei. Zusammen mit der Sachverständigengruppe des Ostseerates für nachhaltige Entwicklung – *Baltic 21* – seien Klimawandel, nachhaltige ländliche und urbane Entwicklung sowie Nachhaltigkeit bei Konsum und Produktion immer wieder zentrale Themen auf den Agenden der Arbeitsgruppen beider Institutionen gewesen.

BASREC (Baltic Sea Region Energy Cooperation) als das wichtigste Energieforum der Ostseeregion habe wesentliche Fortschritte bei der Energiezusammenarbeit in der Ostseeregion bewirkt. So sei es beim Treffen der Energieminister der Ostseeanrainerstaaten unter Leitung von Bundeswirtschaftsminister Rösler im Mai 2012 darum gegangen, die Energiesicherheit zu verstärken und neue Technologien für mehr Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern. Ein spezieller *BASREC-Fonds* zur Förderung konkreter Projekte in den Bereichen Windenergie sowie CO₂-Abscheidung und -speicherung sei eingerichtet worden und zeige bereits gute Erfolge. Nach zähen Verhandlungen hätten sich die Außenminister des Ostseerates im Februar 2012 erstmals auf eine Ostseeratserklärung über die Energiesicherheit verständigt.

Zum Thema maritime Politik verwies Botschafter Almer auf die zahlreichen Bemühungen, maritime Forschung und maritime Wirtschaftskluster in der Ostseeregion zu intensivieren. Eines der Querschnittprojekte sei als integrierte maritime Raumplanung bekannt und verfolge das Ziel, die Entwicklung und Nutzung von Offshore-Windkraft zu fördern. Bekannt sei auch das *Clean Baltic Shipping Project*, in dessen Rahmen technologische Innovationen geprüft würden, mit deren Hilfe Umweltverschmutzung vermieden, Schiffsemissionen reduziert und das Interesse an der Nutzung klimafreundlicher Treibstoffe für die Schifffahrt und die Häfen geweckt werden könne. Weitere Themen des Vortrags von Botschafter Almer waren der Zivilschutz in der Ostseeregion und die Bekämpfung von Menschen- und Drogenhandel.

Im Hinblick auf Kohärenz und Kontinuität der Arbeit des Ostseerates habe die Bundesrepublik Deutschland Russland bereits zu einem frühen Zeitpunkt eingeladen, an der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Programms des Vorsitzes mitzuwirken, damit die anschließende russische Präsidentschaft die Möglichkeit erhalte, auf der bisherigen Grundlage aufzubauen. Der Ostseerat werde unter der russischen Präsidentschaft weiter in die richtige Richtung voranschreiten, und die Organisation liege bei Russland in guten Händen.

Abschließend betonte Botschafter Gerhart Almer, dass es ebenfalls eines der Ziele des deutschen Vorsitzes im Ostseerat gewesen sei, die Organisation effizienter und bes-

ser gewappnet für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Der Ostseerat solle weiterhin ein Pionier der regionalen Zusammenarbeit und ein Symbol der regionalen Identität bleiben.

Jaakko Henttonen, Geschäftsführer der Umweltpartnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDEP) bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Sankt Petersburg, befasste sich mit der Verminderung von Nährstoffeinträgen in die Ostsee. Hier bestehe eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen des Aktionsplans der Helsinki-Kommission. Wichtig für alle Projekte sei die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. Rückblickend auf die Geschichte betonte Henttonen, dass die NDEP ein erfolgreiches Modell für die Zusammenarbeit zwischen internationalen Finanzinstitutionen, der Europäischen Gemeinschaft und Geberländern sei. Die starke Unterstützung nationaler Parlamente und ein Finanzrahmen für Kredite in Höhe von 170 Millionen Euro seien eine gute Basis für die Arbeit der NDEP. Wegen der Erweiterung des Mandats der Organisation bis zum Jahre 2017 und aufgrund drängender ökologischer Probleme sowohl in der Ostsee als auch in der Barentssee würden weitere Mittel benötigt. Die NDEP könne wegen ihrer schlanken Strukturen und eines relativ niedrigen Verwaltungsaufwandes sehr effizient arbeiten. Die NDEP verstehe sich als Katalysator zwischen den verschiedenen Gremien und Einrichtungen, die im Umwelt- und Energiebereich in der Ostseeregion tätig seien. Als zweites wichtiges Thema nannte Henttonen die beträchtliche Verringerung der Phosphoreinträge in die Ostsee. Eingehend auf den Tagungsort Sankt Petersburg lobte Henttonen die großartige Leistung der in Sankt Petersburg errichteten Abwasserkläranlage, dank derer bis zu 95 Prozent der Abwässer der Stadt gereinigt werden können.

Mika Boedeker, Direktor des Büros des Nordischen Rates in Sankt Petersburg, verwies darauf, dass die regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur in der nördlichen Region auf eine lange Geschichte zurückblicken könne, die 1952 mit der Schaffung des Nordischen Rates als interparlamentarischem Gremium feste Strukturen erhalten habe. Über 25 nordische Institutionen seien in der Region tätig mit Geschäftsstellen auch in den baltischen Staaten und Russland. Es gebe ferner zahlreiche Projekte mit der Partnerschaft der Nördlichen Dimension. Die Zusammenarbeit mit Russland sei sehr gut; Büros des Nordischen Rates in Sankt Petersburg, Kaliningrad und in weiteren russischen Städten leisteten gute Arbeit. Die wichtigsten Kooperationsprojekte mit Nordwestrussland seit dem Jahre 2007 konzentrierten sich auf die fünf Bereiche: öffentliche Verwaltung, Wissenschaft und Forschung, wirtschaftliche Entwicklung, Unterstützung der Zivilgesellschaft und Erfahrungsaustausch mit den nordischen Institutionen. Für die Jahre 2012 und 2013 werde der Schwerpunkt auf die Bereiche kulturelle Vielfalt und Kreativität, öffentliche Wohlfahrt und Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsbedingungen sowie grünes Wachstum gelegt. Boedeker stellte einzelne Projekte aus diesen Bereichen vor und betonte, dass durch Veranstaltungen und die Tätigkeit des Informationsbüros des Nordischen Rates in Sankt Peters-

burg die nordische Zusammenarbeit von der russischen Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werde und damit Anreize für weitere Initiativen und eine stetige Verbesserung dieser Zusammenarbeit geschaffen würden.

Zum Thema Grenzschutz gab der Leiter der Grenzschutzabteilung der Bundesagentur für Sicherheit der Russischen Föderation (FSB) für die Region Sankt Petersburg und Leningrad, **Anatoly Zabrodin**, einen Überblick über den Schutz der existierenden Verkehrswege und die internationale Sicherheitslage im Allgemeinen. Gemeinsam mit den internationalen Partnern engagiere sich der russische Grenzschutz für die Bekämpfung der internationalen Kriminalität und für die Gewährleistung sicherer Grenzübergänge. Über 20 Millionen Fahrzeuge hätten 2010 die russischen Grenzen in der Region passiert – mit steigender Tendenz. Es sei daher erforderlich, die Zahl der Grenzübergangsstellen weiter auszubauen und die bilaterale Zusammenarbeit beim Land- und Seeverkehr weiter zu intensivieren. Der russische Grenzschutz sei in vielen internationalen Kooperationsgremien vertreten. Sein Arbeitsbereich konzentriere sich in erster Linie auf die Ostseeregion. Im Rahmen des Ostseerates seien verbindliche Regelungen und Ziele für den Schutz der Grenzen festgelegt worden, wobei der Grundsatz der gegenseitigen Information und der Verständigung untereinander hohe Priorität habe. Dank eines Koordinierungszentrums für die Ostseeregion sei es möglich, in Notfällen schnell zu reagieren. Auf EU-Ebene stehe die Zusammenarbeit mit FRONTEX (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) im Vordergrund. Für die Sicherheit des Seeverkehrs gebe es ein internationales Kommunikations- und Informationssystem zum Austausch von Informationen, das sich in der Praxis bewährt habe. Ein ähnliches Zentrum sei für den Landverkehr geplant. Für die Mitarbeiter des russischen Grenzschutzes spielten Aus- und Weiterbildung eine wichtige Rolle. In internationalen Übungen, z. B. auf See, tausche man Erfahrungen und Kenntnisse mit den Partnern aus. Gemeinsam mit den Partnern sei auch eine Risikoanalyse für die Ostseeregion erarbeitet worden. Weitere Schwerpunkte seines Arbeitsbereiches seien die Bekämpfung von Havarien und Umweltkatastrophen und die Rettung von Menschen in Seenot. Seit 2009 gebe es eine Internetseite für die internationale Zusammenarbeit der Grenzschutzstellen, die auch die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgern gewährleiste.

Pavel Burtsev, stellvertretender Direktor der Oktober-Eisenbahn, eine der größten Filialen der russischen Staatseisenbahn mit dem längsten Streckennetz im Nordwesten Russlands, befasste sich in seinem Vortrag mit den Verkehrsinfrastrukturen in Nordwestrussland im Hinblick auf die Entwicklung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Es gebe in der Region acht Grenzübergangsstellen zur Europäischen Union. Die wirtschaftliche Entwicklung der Region sei sehr stark von den Transportinfrastrukturen abhängig. Es sei notwendig, diese in Nordwestrussland stärker auszubauen. So seien z. B. Gütertransportstrecken und neue Schnellzugverbindungen von Sankt Petersburg nach Helsinki geplant. Gerade wegen der Verkehrsstaus auf den Straßen sei der Roll-on/

Roll-off-Schiffsverkehr sehr wichtig. Ab 2014 solle zudem ein elektronisches Verfahren für die Übermittlung der Transportdaten eingesetzt werden, das sich derzeit in der Testphase befinde und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zollunion erprobt werde. Der Ausbau von Containerumschlagplätzen sei ebenfalls mit eingeplant. Durch weitere Investitionen könnten auch die Kapazitäten der Eisenbahnverkehrsstrecken wesentlich ausgebaut werden.

Als Vertreterin der *Baltic Sea Youth Session* des Europäischen Jugendparlaments berichtete Frau **Ugne Kripaviciute** über das Treffen der Jugendvertreter der Ostseeregion in Berlin im Mai 2012 anlässlich der Ostseetage im Rahmen des deutschen Vorsitzes im Ostseerat. Die Jugendlichen hätten auf ihrer Tagung eine Resolution verabschiedet, in der sie Vorschläge und Empfehlungen vorlegten, die aus ihrer Sicht für die Ostseeregion besonders drängend seien. In Gesprächen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages seien zahlreiche Themen angesprochen worden, die den Jugendlichen besonders am Herzen lägen. Frau Kripaviciute appellierte an die Politiker, die Jugend an der politischen Entscheidungsfindung zu beteiligen und den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich Gehör zu verschaffen. Sie dankte der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Einladung und äußerte die Hoffnung, dass die Einladungen an Vertreter der Jugend der Ostseeregion zu Ostseeparlamentarierkonferenzen fortgesetzt werden würden.

Der Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, MdEP **Jacek Protasiewicz** (Polen), berichtete über die Weiterentwicklung der im Jahre 2009 verabschiedeten EU-Ostseestrategie. Derzeit werde die Strategie einer Überprüfung unterzogen, denn es sei notwendig, sie stärker auf Prioritäten und strategische Ziele auszurichten. Ursprünglich sehr umfassend angesetzt, zeige sich heute, dass gezielte Ansätze für viele Themenbereiche notwendig seien. Der polnische EU-Vorsitz habe sich daher vorgenommen, eine Überprüfung der Strategie in die Wege zu leiten. Die EU-Kommission bewerte es als sehr positiv, dass bisher 80 Projekte im Rahmen der Strategie, besonders im Bereich Umweltschutz, eingeleitet worden seien. Es gebe darüber hinaus substantielle Entwicklungen bei der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, deren Einbindung in einzelne Projekte sehr erwünscht sei. Für die EU-Ostseestrategie insgesamt erfolge die Zusammenarbeit nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch zwischen Nichtregierungsorganisationen (NROs), Kommunen, Regionen und regionalen Foren sowie über öffentlich-private Partnerschaften. Zusammenfassend lasse sich für die Zukunft der EU-Ostseestrategie feststellen, dass klare Prioritäten und eine Zuordnung der Verantwortlichkeiten auf die verschiedenen Akteure zwingend erforderlich seien. Aus Sicht der Kommission liege der Schwerpunkt bei einer verstärkten Kohäsion, besseren Infrastrukturen, der Vernetzung der Energiesysteme und einer Verbesserung der Kommunikation. Die aktive Förderung der Wirtschafts- und Arbeitsmärkte sei ein weiterer wichtiger Punkt. Die Arbeitsgruppe des Ostseerates zur EU-Ostseestrategie fordere auch, Akteure außerhalb der EU stärker mit einzubeziehen. Was Russland betreffe, so

seien Visaerleichterungen ein zentraler Punkt. Polen habe zugestimmt, mit Russland ein Abkommen umzusetzen, das den kleinen Grenzverkehr in der Region Kaliningrad und an einigen polnisch-russischen Grenzstellen auf 50 Kilometer ausweite.

Stanislaw Lazovsky, Vertreter der Vereinigung Nordwestrussland, stellte die russische Entwicklungsstrategie 2020 für Nordwestrussland vor. Er betonte, dass Anliegen und Ziele der EU-Ostseestrategie und der Entwicklungsstrategie 2020 für Nordwestrussland in vielen Bereichen sehr ähnlich seien. Vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Geschichte und Kultur werde dies in der Strategie auch betont. So sei es Ziel der Strategie, gemeinsame Probleme und Lösungswege sowie Schwerpunkte bei den Prioritäten zu setzen. Bei der Gegenüberstellung beider Strategien zeige sich, dass es im Wesentlichen um die Suche nach den besten Synergien gehe. Er stellte fest, dass weder die EU-Ostseestrategie noch die Strategie 2020 für Nordwestrussland neue Gesetze oder Finanzierungsquellen forderten. Vielmehr sollten vorhandene Strukturen und Mittel effizienter genutzt werden. Die Entwicklungsstrategie Nordwestrussland 2020 weise als Prioritäten den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen, die Verbesserung der Energieversorgung und der sozialen Infrastrukturen aus. Sie sei finanziell eingebettet in bestehende föderale Programme für russische Regionen. Die vorgenannten Themen würden auch Gegenstand der 8. Konferenz der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Russland, Norwegen und der Europäischen Union sein, die im Herbst 2012 in der russischen Stadt Pskow stattfinden werde.

Darya Akhutina, Vorsitzende des Forums der NROs in der Ostseeregion, betonte, dass dieses Forum nicht nur als Treffpunkt von NROs zu sehen sei, sondern vielmehr eine Möglichkeit für einen breit angelegten Dialog zwischen NROs und Regierungsgremien zu Erörterung wichtiger Themen biete. Einmal jährlich kämen alle NROs der Ostseeregion zu diesem Forum zusammen, welches 2013 in Sankt Petersburg zum Thema „NROs für Toleranz und kulturelle Vielfalt“ stattfinden werde. Als Gründe, weshalb eine direkte Zusammenarbeit zwischen den Bürgern der Ostseeregion so wichtig sei, nannte Frau Akhutina den komplexen Ansatz vieler Probleme, der gemeinsame Anstrengungen verlange, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verhütung von Konflikten. Das NRO Forum Ostseeregion finanziere sich aus verschiedenen Quellen, darunter Mittel der EU, des Programms der Nördlichen Dimension, Mittel des Nordischen Rates und von nationalen Stiftungen in der Ostseeregion. Angestrebt werde die Wahrnehmung und Einbindung der NROs in nationale und überregionale Programme und die Beteiligung von NRO-Vertretern an Querschnittsprogrammen. Als inhaltliche Schwerpunkte des Dialogs nannte sie Umweltfragen, öffentliche Wohlfahrt und Gesundheit sowie Kultur und Bildung, Menschenrechte und die Vertiefung der Zusammenarbeit von Jugendorganisationen in der Ostseeregion.

Plenardebatte

In der Plenardebatte wies **Kurt Bodewig**, Vorsitzender des Ostseeforums (BSF), darauf hin, dass das Ostseeforum Partner von drei Interreg-Projekten sei – darunter das *Clean Baltic Sea Shipping Programme*, welches im Rahmen des HELCOM-Aktionsplans durchgeführt werde. Ferner beteilige sich das BSF an dem Projekt *InnoShip*, welches das Ziel verfolge, die Emissionen von Schiffen und in Häfen zu verringern. Das BSF strebe an, zwischen den unterschiedlichen Erfordernissen und Interessen im maritimen Sektor in der Ostseeregion zu vermitteln und Anstrengungen zu koordinieren, um die Ostsee zu einer Modellregion für saubere und wettbewerbsfähige Schifffahrt in Europa zu machen. Das Ostseeforum habe einen Preis für innovative Ideen ausgesetzt, z. B. im Zusammenhang mit dem Bau umweltfreundlicher Schiffe oder der Entwicklung kreativer Ideen im maritimen Sektor. Der Abgeordnete **Kimmo Sasi** (Finnland), Präsident des Nordischen Rats, betonte die gute Zusammenarbeit im Nordischen Rat und dass die Ostseeregion insgesamt in den letzten Jahren große Fortschritte zu verzeichnen habe. Als wichtige Ziele für die weitere Entwicklung nannte er die Stabilität in der Region und das wirtschaftliche Wachstum. Die Stabilisierung der Demokratie sei ein weiterer wichtiger Faktor. Hier komme den Bürgern eine wichtige Rolle zu, denn Demokratie bedeute, dass sich die Bürger umfassend an den politischen Prozessen beteiligten. Im Hinblick auf das Wachstum in Europa stellte er fest, dass es zwischen Nordeuropa und Südeuropa eine wirtschaftliche Kluft gebe. Einer der Gründe hierfür sei auch das Thema Korruption, das alle angehe. Nur ein Gesellschaftsmodell, das jedermann die gleichen Chancen auf Mitwirkung biete, könne erfolgreich sein. Daher sei es auch wichtig, Erleichterungen für Unternehmensgründungen zu schaffen und die Visaregelungen zwischen Russland und den angrenzenden Regionen zu lockern. Der Abgeordnete **Benny Engelbrecht** (Dänemark) stellte fest, dass auch aus dänischer Sicht mehr Freizügigkeit in der Ostseeregion und eine Lockerung der Visabestimmungen notwendig seien. Für Russland sei die 72-Stunden-Regelung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. In Bezug auf das Urteil gegenüber der Rockgruppe „Pussy Riot“ betonte er, dass Meinungsfreiheit ein sehr wichtiges demokratisches Gut sei. Dialog und Zusammenarbeit liefen nur dann in die richtige Richtung, wenn alle Themen angesprochen werden könnten. Die isländische Abgeordnete **Álfheiður Ingadóttir** stellte die Frage, welches die heutigen Gefahren für die Demokratie seien. Frieden, Wohlstand und Gleichheit seien im großen Maße verwirklicht worden, aber sie würden bedroht durch den Terrorismus, dem keine Grenzen Einhalt gebieten könnten und der die freiheitliche Gesellschaft in ihrem Kern bedrohe. Der Anschlag von Oslo habe gezeigt, dass jederzeit mit einem solchen Anschlag gerechnet werden und man daher gut gewappnet sein müsse. Die finnische Abgeordnete **Silvia Modig** forderte Verbesserungen bei der Zusammenarbeit und Festlegung auf gemeinsame Ziele. Sie beklagte die Zunahme von Intoleranz und Vorurteilen in Finnland, was eine Herausforderung für den Aufbau einer offenen und für jeden gleiche Chancen bietenden Ge-

sellschaft sei. Eine gut funktionierende demokratische Gesellschaft sei kein abgeschlossener Prozess, sondern erfordere ständige Aufmerksamkeit. **Vatanyar Yagya**, Professor an der Universität Sankt Petersburg, wies die Kritik an dem Urteil gegenüber der Rockgruppe „Pussy Riot“ zurück und betonte, dass jedes Land seine eigenen Gesetze habe und die Judikative eine unabhängige Institution sei, die aufgrund der bestehenden Gesetzeslage ihre Urteile fälle. In Bezug auf die Politik der Nördlichen Dimension müssten sowohl für die Initiative Nordwestrussland 2020 als auch für die EU-Ostseestrategie mehr Gelder für gezielte Projekte zur Verfügung gestellt werden. Zudem müssten neue Projekte aufgenommen werden. Zum Thema Zusammenarbeit in der Arktis verwies er auf die kürzlich in Sankt Petersburg veranstaltete Konferenz zu diesem Thema, auf der sich alle Teilnehmer für die Idee, ein Cluster für die Forschung in der Arktis einzurichten, ausgesprochen hätten. Für dieses Projekt forderte er eine Beteiligung des Ostseerates und der Ostseeparlamentarierkonferenz. Wichtig für ihn als Wissenschaftler sei auch der weitere Ausbau von Bildung und Wissenschaft. Abschließend wies er erneut auf die ernstesten Gefahren durch die auf dem Meeresboden der Ostsee liegenden chemischen Waffen hin – ein Thema, bei dem es seit 1992 keine Fortschritte gegeben habe.

Abgeordneter **Franz Thönnies** (Deutscher Bundestag) dankte Botschafter Gerhart Almer für die Berichterstattung über die Arbeit und die Prioritäten des deutschen Vorsitzes im Ostseerat. Dass diese Prioritäten und die Kontinuität der Arbeit auch von der anschließenden russischen Präsidentschaft im Ostseerat fortgeführt würden und eine enge Zusammenarbeit praktiziert werde, garantiere die weitere erfolgreiche Arbeit des Ostseerates. Dem russischen Vorsitz im Ostseerat wünsche er viel Erfolg. Hierzu bedürfe es der Unterstützung durch alle Parlamentarier der Region und einer aktiven Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Er hoffe auch, dass die bereits praktizierte Einbindung von Jugendvertretern der Region in die Tagungen der Ostseeparlamentarierkonferenz in Zukunft fortgesetzt werde. Wie die Vorsitzende der BSPC, Valentina Pivnenko, sei auch er der Auffassung, dass es wichtig sei, für die Menschen in der Region noch mehr Möglichkeiten zu schaffen, zusammen zu kommen. Hierzu seien Visaerleichterungen dringend erforderlich. Im Kommuniké des 9. Gipfeltreffens des Rates der Ostseestaaten in Stralsund im Mai 2012 werde diese Vertiefung der Zusammenarbeit – auch und insbesondere mit Russland – sehr begrüßt. In Bezug auf die Verurteilung der Rockgruppe „Pussy Riot“ könne er nachvollziehen, dass die Auftritte der Band die Gefühle vieler Menschen in Russland verletzt hätten. Das Verhalten der Band sei zwar eine Provokation, aber kein Verbrechen gewesen. Das Strafmaß und der Verlauf des Prozesses hätten viele besorgt gemacht. Viele russische Äußerungen werteten dies ähnlich und empfänden das Strafmaß als unverhältnismäßig. Es sei zu hoffen, dass die geplante Revision die Urteile abändern werde. Abgeordneter **Hans Wallmark** (Schweden) stellte fest, dass es einen nordeuropäischen Wachstumskorridor gebe. Dies zeige, dass es möglich und wichtig sei, strukturelle Veränderungen und Reformen auch in

Krisenzeiten durchzuführen. Dies sei ein positives Signal, das man an die Länder Südeuropas geben könne. Am Beispiel der baltischen Staaten könne man sehen, wie wichtig eine erfolgreiche Durchführung von Strukturreformen für die Gesamtentwicklung eines Staates sei. Auch Russland sei dabei, seine Transportstrukturen zu verbessern, wie die Beiträge verschiedener russischer Redner gezeigt hätten. Die Verbesserung der Transportstrukturen würde nicht nur den Transport von Waren erleichtern, sondern diene auch einer besseren Verständigung zwischen den Menschen. Auch unter diesem Aspekt seien die Visaerleichterungen zwischen Polen und Russland sehr zu begrüßen.

Die Vorsitzende der BSPC, Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Föderation), fasste am Ende des ersten Sitzungsabschnitts die Ergebnisse der Diskussion zusammen. Sie betonte, dass Fragen wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit, regionale Partnerschaften, die Politik der Nördlichen Dimension und die EU-Ostseestrategie im Fokus der russischen Präsidentschaft im Ostseerat stehen würden. Die Themen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Weiterentwicklung der Projekte der Nördlichen Dimension und ihre gesicherte Finanzierung, Visaerleichterungen und schlussendlich die Abschaffung der Visapflicht seien wichtige Themen für die Weiterentwicklung Nordwestrusslands und damit für den Abbau von Ungleichheiten in der Ostseeregion. Dies seien wichtige Eckpunkte auch für die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz. Die Verbesserung des Zustands der Ostsee und die Nutzung bestmöglicher technischer Verfahren zur Reduzierung von Umweltbelastungen auf See, an Land und in den Häfen sowie innovative Verfahren zur Erhöhung der Sicherheit auf den Schiffen und auf See seien weitere Prioritäten auf der Agenda sowohl des Ostseerates als auch der BSPC.

IV Zweiter Sitzungsabschnitt „Umweltgesundheit und Zusammenarbeit in Energiefragen“

In zweiten Sitzungsabschnitt hörten die Konferenzteilnehmer Berichte zum Stand des HELCOM-Ostseeaktionsplans, über nachhaltigen Tourismus im Ostseeraum, über die Zusammenarbeit im Umweltbereich und über Energieeffizienz und grünes Wachstum.

Stand des HELCOM-Ostseeaktionsplans

Vladimir Lotsov, Leiter der Wirtschaftsabteilung beim Bevollmächtigten des Präsidenten der Russischen Föderation für den Bezirk Nordwest, erläuterte, dass der HELCOM-Ostseeaktionsplan sowie die Ostseestrategie der Europäischen Union eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung des Ostseeraums spielten. Die Umsetzung des HELCOM-Aktionsplans erfolge in Russland im Rahmen eines nationalen Programms zur Wiederherstellung des Ökosystems im baltischen Raum. Es beinhalte Maßnahmen in den Bereichen Eutrophierung, Gefahrenstoffe, Artenvielfalt und Umweltschutz sowie die Verbesserung der Planungs- und Transportsysteme. Über den Stand der

Umsetzung der Maßnahmen werde sein Land ausführlich auf dem Ministerratstreffen 2013 berichten.

Abgeordnete **Helle Pilsgaard** (Dänemark), Vorsitzende der Helsinki-Kommission, führte aus, dass das Ökosystem Ostsee den Anrainern eine Vielzahl von „Dienstleistungen“ biete und es darum unerlässlich sei, das Meer auf nachhaltige Weise zu nutzen, die sowohl den Umweltinteressen als auch den Wirtschaftsinteressen Rechnung trage und nicht zulasten zukünftiger Generationen gehe. Dänemark, das vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2014 den HELCOM-Vorsitz habe, wolle die zu bewältigenden Herausforderungen in enger Absprache mit den Ostseerainerstaaten angehen. Die Themen effektive Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans, verstärkte Bemühungen zur Sauberhaltung der Ostsee und Ausbau der Dynamik und der Effektivität der Helsinki-Kommission stünden für sie im Vordergrund. Übergeordnetes Ziel sei die Erreichung einer ökologisch gesunden Ostsee und eines prosperierenden Ostseeraumes bis 2021. Besondere Aufmerksamkeit wolle man Problemen wie der Bekämpfung der Eutrophierung und der Einleitung gefährlicher Substanzen sowie der Förderung der Biodiversität des Meeres widmen. Bis zum Ministerratstreffen in Dänemark 2013 sei eine umfassende Bewertung der bisherigen Arbeit geplant, aus der dann abgeleitet werden könne, ob und welche Ziele des Aktionsplans aktualisiert werden müssten.

Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finnland), die als Beobachterin der Ostseeparlamentarierkonferenz an den Sitzungen des Gremiums teilnimmt, würdigte die solide Arbeit von HELCOM und die zahlreichen Initiativen und Projekte zur Verbesserung des Ökosystems Ostsee, die von HELCOM eingebracht worden seien. Der Ostseeaktionsplan – der auch Teil der Ostseestrategie der Europäischen Union sei – bekräftige zudem die Rolle HELCOMs und ihrer Tradition als Vorreiterin im regionalen Meeresschutz. In den letzten Jahren habe der Schwerpunkt auf konkreten Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt gelegen mit besonderem Blick auf den Themen Eutrophierung, Biodiversität und maritime Aktivitäten. Die 2013 stattfindende Ministerratskonferenz biete eine gute Gelegenheit, eine Bilanz der bis dahin geleisteten Arbeit zu ziehen und die Umsetzung und Einhaltung der bisherigen Ziele zu prüfen. Im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise sei es zwar unerlässlich, die vorhandenen Ressourcen so effektiv wie möglich einzusetzen, trotzdem seien auf längere Sicht wohl mehr Mittel notwendig, wenn die gesteckten Ziele erreicht werden sollen.

Nachhaltiger Tourismus im Ostseeraum

Professor Dr. Mathias Feige, Geschäftsführer des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr an der Universität München, stellte fest, dass der Tourismus in der Ostseeregion das stärkste Wachstum aller Küstenregionen in Europa aufweise und die Aussichten für weiteres Wachstum sehr gut seien. Diese Entwicklung sei nicht nur ein Ausdruck für die touristische Qualität des Ostseeraumes, sondern der Tourismus stelle auch ein starkes wirtschaftliches Element dar. Aber Tourismus belaste auch die Umwelt, und es werde darauf an-

kommen, ob sich in den nächsten Jahren ein umfassenderes Verständnis für einen nachhaltigen, umweltressourcenschonenden Tourismus entwickeln werde. Dazu gehörten der Erhalt der biologischen Vielfalt, der pflegliche Umgang mit Natur und Landschaft, die Vermeidung von Belastungen für Boden, Wasser, Luft und Klima. Bereits jetzt komme es durch das steigende Tourismusaufkommen zu regionalen Überlastungserscheinungen. Es müsse das Ziel sein, sowohl die Bedürfnisse der Erholungssuchenden und die langfristige Wirtschaftlichkeit der Tourismusbetriebe zu sichern als auch den Bedürfnissen der Einheimischen gerecht zu werden. Es sei darum wichtig, eine interregionale Gesamtstrategie zu entwickeln, die die Interessen und Notwendigkeiten auf ökologisch und ökonomisch vertretbare Weise integriere. Das Thema Nachhaltigkeit im Tourismus – auch als Wirtschaftsfaktor – sei in Ausbildungscurricula und im Beschäftigungssektor allerdings kaum eingeflossen. Die Umsetzung dieses Ziels hänge häufig von der Initiative des einzelnen Unternehmers ab. Während die EU-Ostseestrategie dem Tourismus keine Priorität einräume, unterstütze der Ostseerat (CBSS) ausdrücklich die nachhaltige Tourismusedwicklung durch das „Baltic 21 Tourismus Netzwerk“. Vor allem für weiter entwickelte Regionen gebe es in der Förderperiode der Europäischen Union ab 2014 keinen eigenen Finanzkorridor mehr für die Entwicklung des Tourismus. Er sehe aber gute Chancen für branchenübergreifende Kooperationsprojekte. Dies zeige auch der Trend, dass Nachhaltigkeit für immer mehr Touristen, Betriebe und Initiativen in Deutschland ein wichtiges Thema sei. Das Marktvolumen für nachhaltigen Tourismus habe daher in den letzten Jahren zugenommen. Er plädiere dafür, Nachhaltigkeit zum Leitprinzip der Tourismusedwicklung und den Tourismus zu einer Leitökonomie im Ostseeraum zu machen. Bereits heute erzeuge der Tourismus hohe Einkommens- und Beschäftigungseffekte in der Region. So verstanden, könne der Tourismus aktiv zur Bewahrung des Kultur- und Naturerbes der Region beitragen.

Zusammenarbeit im Umweltbereich

Olga Rublevskaya, Direktorin des staatseigenen Abfallbeseitigungsunternehmens „Vodokanal Sankt Petersburg“, berichtete, dass es Aufgabe des Unternehmens sei, die negativen Auswirkungen von Müll und Abwasser der Region Sankt Petersburg zu verringern, um damit zur Verbesserung der Umweltsituation in der Ostseeregion beizutragen. In Übereinstimmung mit den Verpflichtungen der Russischen Föderation im Rahmen der Helsinki-Konvention über den maritimen Umweltschutz in der Ostsee sei es Ziel des Unternehmens, die unbehandelte Abwassereinleitung in die Ostsee zu verringern und schädliche Nährstoffe (Stickstoff und Phosphor) aus dem Abwasser zu entfernen. Heute würden mehr als 95 Prozent der Abwässer Sankt Petersburgs behandelt und gereinigt, so dass Sankt Petersburg gegenwärtig die Empfehlung der Helsinki-Kommission bezüglich des Höchstgehalts an Phosphor im Abwasser (kleiner 0,5 mg/l) in vollem Umfang erfülle. Der anfallende Klärschlamm werde nicht mehr ausschließlich deponiert, sondern ver-

brannt und zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Bis 2015 würden alle Abwässer der Stadt vor einer Einleitung geklärt werden. *Vodokanal* arbeite zudem eng mit Forschungseinrichtungen der Sankt Petersburger Universitäten zusammen, um neueste Methoden zur Abwasserreinigung einzuführen.

Abgeordneter **Maxim Shingarkin** (Russische Föderation) berichtete zum Thema „Die Beseitigung chemischer Waffen aus der Ostsee“ und erläuterte, dass die in der Ostsee von den Alliierten am Ende des Zweiten Weltkrieges aus deutschen Arsenalen versenkten chemischen Waffen und Munition zunehmend eine große Gefahr darstellten. Man gehe davon aus, dass von den 69 000 Tonnen Munition mindestens 13 000 Tonnen giftige Substanzen enthielten. In der Ostsee seien zwei große „Lagerstätten“ bekannt: nahe der Insel Bornholm und im Gotland-Becken, zwischen der Insel Gotland und den baltischen Staaten. Wissenschaftler vermuteten, dass die Fässer auf dem Meeresgrund mit Senfgas, Chlorpikrin, Phosgen und Arsenverbindungen früher oder später durchrosteten und dass ab 2020 die Korrosion so weit fortgeschritten sein werde, dass Gift austreten könne. 16 Prozent des versenkten Gifts reichten aus, um die gesamte Ostsee abzutöten. Es sei daher zu erwarten, dass es in den kommenden Jahren zu einer neuen Form der Umweltverschmutzung in der Ostsee kommen werde. Abgeordneter Maxim Shingarkin rief die Ostseeparlamentarier auf, ihre Regierungen zur Lösung dieses Problems aufzufordern. Er plädierte auch dafür, ein Monitoringsystem zu entwickeln, das einzelne Funde dokumentieren, Lagerstätten isolieren und an der Hebung der versenkten Kampfmittel arbeiten solle. Seiner Meinung nach fehle es bisher jedoch an politischem Willen, die Aufgabe in Angriff zu nehmen.

Abgeordnete **Evdokia Bychkova** (Russische Föderation), Mitglied der Staatsduma und Leiterin des Regionalzentrums für Umweltpolitik und Kultur, berichtete zum Thema „Artenvielfalt und wirtschaftliche Entwicklung“. Sie erläuterte, dass es für sie zuallererst darauf ankomme, einen einheitlichen Umweltraum „Ostseeregion“ zu schaffen. Zwar hätten die Menschen in der Region unterschiedliche kulturelle Hintergründe, doch könnten trotz aller Verschiedenheiten tragfähige Kompromisse gefunden werden. Hierfür müssten Politik und zivilgesellschaftliche Organisationen zusammenarbeiten. Der Schlüssel sei nachhaltiges Wachstum. Es gelte, einen Kompromiss zwischen dem Erhalt der Artenvielfalt und einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung zu finden. Sie schlug abschließend vor, eine russisch-skandinavische Innovations-Ökoplattform zu etablieren. Diese solle einen Beitrag zur Umsetzung der Entscheidungen der Ostseeparlamentarierkonferenz leisten.

Sten Björk, Projektmanager im Hafen von Trelleborg, berichtete zum Thema *Clean Baltic Sea Shipping Project*, einem Flaggschiffprojekt der EU-Ostseestrategie, das im September 2013 zu Ende gehe. Ziel des Projektes sei es, die Eutrophierung der Ostsee zu verhindern. Hierzu gelte es, die Freisetzung von klimarelevanten Gasen aus Schiffen und die Wasserverschmutzung durch die Ausarbei-

tung einer gemeinsamen sauberen Schifffahrtsstrategie zu vermindern, zum Beispiel durch differenzierte Hafengebühren, die Entwicklung eines *Clean-Port/Shipping-Umweltindex* des maritimen Transports, die Entwicklung von Pilottechnologien für eine umweltgemäße Hafeninfrastruktur und die Vergabe einer „*Clean Baltic Sea Shipping*“-Flagge für Reedereien. Ziel des Projektes sei es auch, die durch den Schiffsverkehr verursachte Verschmutzung auf See, in Häfen sowie in den Hafenstädten zu reduzieren. Angesichts der Herausforderungen durch den zunehmenden Schiffsverkehr und den wachsenden Druck auf die Reedereien durch die neuen MARPOL-Vorschriften seien Hafenstädte und Reedereien gezwungen, untereinander abgestimmte Ansätze für eine umweltbezogene Infrastruktur einzuführen. Dabei könne es sich zum Beispiel um landseitige Strom- und Erdgasversorgung der im Hafen liegenden Schiffe, um die Einspeisung von Biogas bzw. von verflüssigtem Erdgas (LNG) und die Bereitstellung von Abwasserauffang- und sonstigen Entsorgungsanlagen handeln. Dies könne zu einer erheblichen Reduzierung der Luft- und Wasserverschmutzung durch die Schifffahrt führen. Das Projekt habe eine Vielzahl von Partnern aus regionalen und lokalen Regierungen, Hafenstädten, Häfen, Reedern, Energieunternehmen, maritimen Forschungs- und Rettungseinrichtungen. Es seien folgende Arbeitsschwerpunkte gebildet worden: Analysen der Emissionen von Schiffen in Häfen, Bedarfsanalysen für Infrastruktur, die Ausarbeitung von *best practices* Pilotlösungen und die Verankerung der Strategie in politischen Maßnahmen auf europäischer Ebene.

Energieeffizienz und grünes Wachstum

Abgeordneter **Yury Lipatov** (Russische Föderation), Erster Stellvertretender Vorsitzender des Energieausschusses der Staatsduma, sprach zum Thema „Russlands Politik im Bereich Energieeinsparung und -effizienz“. Er widmete sich in seinem Vortrag den Möglichkeiten der Energieeinsparung und -effizienz in öffentlichen Einrichtungen. Das in Russland entwickelte Programm sehe nicht nur ein Verbot von Elektrogeräten mit hohem Energieverbrauch vor, sondern formuliere auch Vorschriften für die Verbrauchsmessung in staatlichen Einrichtungen, Wohnungen und Privathäusern sowie Anforderungen an die Überwachung des Energieverbrauchs. In den letzten Jahren habe sich die Politik sowohl auf die Steigerung der Energieeffizienz als auch auf Investitionen in die Energiewirtschaft konzentriert. Abgeordneter Yury Lipatov gab einen Überblick über errichtete Anlagen zur Energieerzeugung in den russischen Regionen sowie über deren Leistungssteigerung. Außerdem sei eine Plattform entwickelt worden, die unter Berücksichtigung der regional relevanten Themenschwerpunkte eine stärkere Dezentralisierung in den Energie-, Strom- und Wärmeversorgungssystemen anstrebe.

Hans Brask, Direktor des Ostseeentwicklungsforums (BDF), widmete sich dem Thema „Grünes Wachstum und Wirtschaftsentwicklung im Ostseeraum“. BSPC und BDF verbinde das gemeinsame Interesse, die Netzwerkarbeit und das grüne Wachstum zu fördern. In diesem Zusammenhang begrüßte er die Aufnahme der Russischen Föderation

ration in die WTO. Russland sei damit ein Teil der Weltwirtschaft geworden und habe im Gegenzug Verpflichtungen übernommen. Der Motor für die Entwicklung der Weltwirtschaft, und das gelte erst recht für die Entwicklung kleinerer Räume, sei das gemeinsame Interesse am wirtschaftlichen Fortschritt und der Entwicklung von Wohlstand für die Menschen. Der Ostseeraum habe sich zu einem Hochtechnologieraum entwickelt, zum Beispiel für „grüne Technologie“. Ebenso gebe es ein großes Potenzial, was die Technologieentwicklung bei der Energieeffizienz betreffe. Europa brauche ein stabiles Wachstum, wenn es die Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden wolle, und der Austausch von Ideen und Wissen über erneuerbare Energien sei unerlässlich. Russland habe seinen Willen zur Zusammenarbeit in beiden Bereichen signalisiert.

Elena Belova, Generalsekretärin und Programmkoordinatorin des Leontief-Zentrums für soziale und wirtschaftliche Forschung, und **Igor Zaikin**, Leiter der Sicherheitsabteilung des russischen Mineralölkonzern LUKOIL, bekräftigten den Willen der Russischen Föderation zur Zusammenarbeit im Ostseeraum auf den Feldern grüne Technologie und Energieeffizienz. Ziel sei es, auf ökologischer Basis nachhaltiges Wachstum zu erzeugen und dazu Umweltstandards festzuschreiben. Igor Zaikin wies insbesondere auf die bei der Entwicklung neuer Technologien zu beachtenden Sicherheitsstandards hin. Die Auswirkungen auf die Umwelt müssten so gering wie möglich gehalten werden. Bei Unfällen komme es darauf an, ein engmaschiges Sicherheitsnetz zu haben. Die Schwerpunkte der Umweltschutzmaßnahmen seien die Gewährleistung sicherer Arbeitsbedingungen, die Erhaltung einer gesunden Umwelt, die Umsetzung des sogenannten „Null-Emissions-Prinzips“ bei der Erschließung neuer Ölfelder im Schelfbereich, die verantwortungsvolle Nutzung von Bodenschätzen durch den Einsatz von energieeffizienten Technologien, die Verringerung negativer Auswirkungen auf die Umwelt, die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen in den Unternehmen sowie die Bereitstellung unterschiedlicher Notfallpläne. Allein für ein solches System wende LUKOIL fünf Prozent seiner Investitionssumme auf.

Daniil Algulyan, Vorsitzender des Lenkungsausschusses der Pilotfinanzinitiative und Direktor des Büros der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Moskau, erläuterte die Pilotfinanzierungsinitiative, die Projekte der öffentlich-privaten Partnerschaften fördere. Er berichtete speziell über ein Projekt zwischen der Vnesheconombank (VEB) und der KfW-Bank. Die VEB arbeite im staatlichen Auftrag, um die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft zu stärken. Die VEB sei sowohl Kreditgeber als auch Eigenkapitalpartner bei der Umsetzung von PPP-Projekten. Ein zentrales Ziel dieses Projektes sei die Verbesserung der staatlichen und kommunalen Infrastruktur. In der Bank sei das PPP-Kompetenzzentrum für die Umsetzung innovativer Finanzierungsstrukturen verantwortlich, um Umwelttechnologie, Energieeffizienz, leistungsfähige Versorgungseinrichtungen und lebenswerte kommunale Wohneinheiten zu realisieren. Das PPP-Kompetenzzentrum begleite auch deutsche Investo-

ren und Unternehmen als staatlicher Finanzierer bei der Umsetzung von gemeinsamen Projekten mit der öffentlichen Hand in Russland. Im Rahmen der PPP werde zum Beispiel auch ein Projekt zur Abfallbehandlung in Sankt Petersburg finanziert.

Abgeordnete **Cecilie Tenfjord-Toftby** (Schweden), Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“ der BSPC, verwies auf den von der Arbeitsgruppe vorgelegten Zwischenbericht. Die Förderung des Wirtschaftswachstums und dessen Entwicklungen seien Ausgangspunkte für die Arbeitsgruppe gewesen. Sie erläuterte im Weiteren die sechs Empfehlungen der Arbeitsgruppe: Unterstützung des Energieforums der Ostseerainerländer *BASREC*, sicherer Zugang zum Wissen über nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz, Entwicklung finanzieller Instrumente und Initiativen für die Steigerung der Energieeffizienz, Energieeffizienz im Gebäudebestand, Förderung der Umsetzung von national angepassten verbindlichen Zielen und Weiterentwicklung des grünen Beschaffungssystems. Die Arbeitsgruppe werde ihren Abschlussbericht auf der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu/Estland vorlegen.

V Dritter Sitzungsabschnitt „Eine sichere und gesunde Ostsee“

Vitaly Klyuev, Vertreter des russischen Verkehrsministeriums und stellvertretender Direktor für die nationale See- und Flussschifffahrtspolitik, befasste sich in seinem Vortrag mit der Sicherheit der Schifffahrt und dem Umweltschutz im wichtigsten Seehafen der Region – Ust Luga. 2001 seien 170 Millionen Fracht im Hafengebiet von Sankt Petersburg transportiert worden. Für die Region sei ein umfassendes Sicherheitssystem mit modernster Technik für die Schifffahrt eingerichtet worden. Darüber hinaus Sorge ein modernes Eisbrechersystem in den Wintermonaten dafür, dass für die Schiffe – auch im Hafen – keine Eisgefahr bestehe. Ein weiteres Aufgabengebiet in seinem Zuständigkeitsbereich sei die Gewährleistung der Sicherheit auf See für die Region Nordwestrussland bis an die nationalen Grenzen. Der Warenumschlag sei in den letzten Jahren stark angestiegen, weshalb weitere Hafenausbauten in der Region geplant seien. Die Beförderung von Kohle, Öl und Containern, aber auch der Betrieb der Fähren seien eingebunden in den nationalen Eisenbahn- und Straßenverkehr. Für den sogenannten intermodalen Verkehr seien umweltfreundliche Kriterien festgelegt worden, die in Gesetzen verankert seien. Für neue Ausbauten und Erweiterungen bestehender Anlagen sei in jedem einzelnen Fall eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Russland lege großen Wert auf die Einhaltung der internationalen Umweltverpflichtungen. Es sei Vertragsstaat des internationalen Übereinkommens zur Verhütung von Meeresverschmutzung durch Schiffe (MARPOL-Übereinkommen). Zur Vermeidung und Bewältigung von Ölkatastrophen auf See halte das russische Verkehrsministerium umfangreiche Notfallpläne bereit.

Abgeordneter **Jochen Schulte** (Landtag Mecklenburg-Vorpommern), Berichterstatter der BSPC-Arbeitsgruppe für integrierte maritime Politik, wies auf den von der Ar-

beitsgruppe im vergangenen Jahr vorgelegten Abschlussbericht hin. Die nach Auflösung der Arbeitsgruppe seit 2011 in diesem Bereich eingetretenen neuen Entwicklungen hätten die beiden Berichterstatter aufmerksam verfolgt. Eine dieser Entwicklungen betreffe die Reduzierung von Schwefel- und Stickstoffemissionen und die Ausweitung der emissionsfreien Gebiete (SECAs und NECAs). Nicht übersehen dürfe man hierbei aber, dass die Umstellung auf schwefelarme Schiffstreibstoffe die Wirtschaft im Ostseeraum vor erhebliche Probleme stelle und die Wettbewerbsfähigkeit der Region schädigen könne. In der Frage des Schiffsverkehrs müsse der Verbesserung von Hafeneinfachstrukturen besondere Aufmerksamkeit zukommen. Ein weiteres Thema sei die Sicherheit auf See und die gemeinsame Raumplanung. Positiv zu bewerten sei die Einbindung und Mitwirkung verschiedener Organisationen mit dem Ziel, einen integrierten Ansatz für die anstehenden Probleme zu finden. In Bezug auf alle genannten Themen forderte Schulte einen einheitlichen Ansatz. Er forderte auch, Unternehmen, die Schiffe und Motoren herstellen, sowie Reedereien in Planungen und Projekte einzubeziehen, damit man gemeinsam zu integrierten Initiativen für eine saubere Schifffahrt gelangen könne. Schulte schlug vor, im ersten Halbjahr 2013 ein Zusammentreffen der Berichterstatter der verschiedenen Arbeitsgruppen von BSPC, des Ostseerats und der BSSSC (*Baltic Sea States Sub-Regional Cooperation*) mit Vertretern der Wirtschaft und der Hafeneinrichtungen zu veranstalten, bei dem alle Akteure ihre Ideen und Konzepte einbringen könnten. Er frage sich, wie die Situation im Jahre 2015 aussehen werde. Werde es wegen der eingerichteten emissionsfreien Gebiete Einschränkungen im Schiffsverkehr geben? Welche Auswirkungen und Herausforderungen werde dies auf Häfen, Schiffe und Unternehmen haben? Welche Auswirkungen werde die verstärkte Nutzung von verflüssigtem Erdgas (LNG) haben? Es sei wichtig, dass sich die nationalen Parlamente zu allen diesen Themen äußerten und ihre Zusammenarbeit verstärkten.

Abgeordneter **Roger Jansson** (Åland Inseln), Koberichterstatter für die Arbeitsgruppe integrierte maritime Politik, führte aus, dass er sich bei seiner Arbeit insbesondere mit dem nördlichen Teil der Ostseeregion befasst habe, in dem ein erhöhter Bedarf an maritimem Transport bestehe. 80 Prozent der aus Finnland transportierten Güter würden per Schiff befördert. Insbesondere die winterliche Zeit und zugefrorene Gewässer erschwerten diese Transporte erheblich. Der Schiffsverkehr müsse wettbewerbsfähig bleiben, denn er sei aus umwelttechnischen und ökologischen Gründen stets dem Straßenverkehr vorzuziehen. Die Kosten, die durch die Einrichtung der Schwefel-Emissions-Überwachungsgebiete (SECAs) bis 2015 für den Schiffsverkehr entstehen würden, seien eine große Herausforderung. Leider habe ein Aufschub für die Einrichtung der SECAs nicht erreicht werden können. Ziel des Projekts *Clean Baltic Sea Shipping* sei es, Schiffsemissionen in Häfen und auf See zu verringern, Beispiele für bestmögliche Verfahren aufzuzeigen und eine größtmögliche Zusammenarbeit mit allen Akteuren einzurichten. Dies sei sehr wichtig für die Ostseeregion, die an-

strebe, eine Modellregion – auch für saubere Schifffahrt – zu werden. Konferenzen zu diesem Thema würden im September in Riga und im nächsten Jahr in Schwerin stattfinden, und man hoffe auf große Resonanz und starke Beteiligung.

VI **Vierter Sitzungsabschnitt „Gesundheit, soziales Wohlergehen und wirtschaftliche Entwicklung“**

Eeva-Liisa Haapaniemi, finnische Konsulin in Sankt Petersburg, sprach als Vertreterin des Vorsitzlandes der Partnerschaft für öffentliche Gesundheit im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDPHS). Sie befasste sich mit der Bedeutung von öffentlicher Gesundheit und sozialem Wohlergehen für Wohlstand und nachhaltige Entwicklung der Region. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe viele Länder veranlasst, erhebliche Haushaltseinschnitte vorzunehmen, insbesondere bei der Gesundheitsvorsorge und dem sozialen Wohlergehen. Dies könne langfristig zu nachhaltigen Schäden in der Gesellschaft führen. Drängende Fragen, wie die alternde Gesellschaft, steigende Krankheitskosten, Antibiotikaresistenzen und Alkohol- und Drogenmissbrauch, gehörten zu den größten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie erforderten neue Antworten und ein gezieltes Vorgehen, wenn man den derzeitigen Stand der Gesundheitsversorgung und des sozialen Wohlergehens aufrecht erhalten wolle. Kreativität, Zusammenarbeit und politischer Wille sowie finanzielle Investitionen seien hierzu erforderlich. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit erbringe hier einen deutlichen Mehrwert. Ressourcen müssten gepoolt und Sachverstand und Wissen untereinander ausgetauscht werden. Bei Investitionen zugunsten der öffentlichen Gesundheit dürfe nicht nur der Kostenfaktor gesehen werden. Vielmehr müssten die weitreichenden Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft eines Landes betrachtet werden. Ein funktionierender Arbeitsmarkt, hohe Produktivität und qualifizierte Arbeitskräfte seien die Schlüsselemente einer florierenden Wirtschaft. Gesundheit und soziales Wohlergehen stünden im direkten Zusammenhang mit diesen Faktoren. Nur gesunde Menschen, deren soziale Situation für sie befriedigend sei, seien in der Lage, die erforderlichen beruflichen Fähigkeiten zu erwerben, auf den Arbeitsmarkt zu gelangen und länger zu arbeiten. Daher könne man mit Recht erwarten, dass Gesundheit und soziales Wohlergehen ausdrücklich als Kernelemente einer jeden Wachstumsstrategie anerkannt würden. Gerade die Parlamentarier hätten es in der Hand, sich nachdrücklich für diese Ziele einzusetzen, wenn es um die Aufstellung der nationalen Haushalte gehe. NDPHS hoffe auf starke Unterstützung durch die Parlamentarier, um die Themen Gesundheit und sozialer Wohlstand zu wichtigen Themen der nationalen und regionalen Agenden zu machen und damit zu gewährleisten, dass öffentliche Gelder in diese Bereiche flössen. Dies sei unerlässlich für eine gute öffentliche Gesundheitspolitik und für eine langfristige und nachhaltige Entwicklung.

Natalia Dorshakova, Professorin an der staatlichen Universität Karelien, befasste sich mit der Zusammenarbeit

der Ostseeanrainerstaaten bei der Bekämpfung von Volkskrankheiten wie Hepatitis, Tuberkulose und Immunerkrankungen. In Russland seien in den letzten Jahren neue Programme und Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung dieser Krankheiten entwickelt worden. Ein internationales Kontroll- und Erfassungssystem für viele dieser Krankheiten gebe es bereits, nur nicht für die Volkskrankheit Diabetes. Bei Diabetes könne man fast von einer Epidemie sprechen, wenn man die Erkrankungszahlen der letzten Jahre, u. a. auch bei Kindern und Jugendlichen, betrachte. Sie beklagte, dass insgesamt zu viele Antibiotika eingesetzt würden und gerade Kinder davon betroffen seien, die die körpereigene Immunabwehr erst mit 20 bis 25 Jahren voll entwickelt hätten und durch die frühe Verabreichung von Antibiotika gesundheitlich geschädigt würden. Sie forderte eine verbesserte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Ostseeregion bei der Bekämpfung der genannten Krankheiten, insbesondere bei Diabetes.

Abgeordneter **Raimonds Vejonis** (Lettland), Vizepräsident der Baltischen Versammlung, bezeichnete es als sehr wichtig, die Probleme im Gesundheitswesen klar zu benennen. Erkrankungen wie HIV-Aids, Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Suchterkrankungen stellten sämtliche Länder vor große Probleme. Forschung und Behandlungstherapien für Krankheiten wie HIV-Aids und schwere Grippeepidemien bedeuteten für die meisten Länder große finanzielle Herausforderungen, die sie alleine nicht bewältigen könnten. Daher seien der Austausch und die Zusammenarbeit sehr wichtig. Weitere Punkte seiner Ausführungen waren der ungehinderte Zugang zu Gesundheitsversorgung und Medikamenten und die Überschaubarkeit der anfallenden Kosten für den Bürger. Er lobte die in den baltischen Staaten existierenden zahlreichen gemeinsamen Projekte, die von einem Transplantationssystem bis zu einer einheitlichen Notfallversorgung reichten. Diese Regelungen basierten auf zwischen den baltischen Staaten geschlossenen Abkommen und Verträgen über Partnerschaften, z. B. für teure medizinische Geräte, Medikamente und vieles mehr.

Arbeitsmarktfragen

Mariya Grinnik, Vertreterin des Verbands unabhängiger russischer Gewerkschaften für den Bezirk Nordwestrussland, betonte, dass viele Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage und Senkung der Arbeitslosenzahlen auf staatlicher Ebene ergriffen worden seien. In der derzeit angespannten Lage fehlten Facharbeiter in der Größenordnung von mehreren Tausenden. Sorge bereite andererseits auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die in der Region zurzeit zwischen 12 bis 16 Prozent liege. Es bestehe die paradoxe Situation, dass die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes nicht befriedigt werden könnten, da die Arbeitgeber keine Jugendlichen ohne Ausbildung einstellen wollten. Die Arbeitssuchenden seien oft nicht ausreichend qualifiziert – nur etwa 20 Prozent hätten eine abgeschlossene Ausbildung. Ein Monitoring des Arbeitsmarktes zeige, dass Umschulung, auch innerbetrieblicher Art, unbedingt erforderlich sei. Wichtig sei auch, Jugendlichen in Form von Praktika den Zugang zu Betrieben zu

öffnen. Auch die Hochschulen des Landes hätten sich zusammengeschlossen, um dem Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken. Zu den Forderungen der Gewerkschaften gehöre auch, vorübergehende Beschäftigungsverhältnisse, Billigarbeitskräfte, oftmals Migranten, in ordentliche Arbeitsverhältnisse zu überführen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ein weiteres Problem sei das der Leiharbeit. Russland habe einen Gesetzesentwurf über das Verbot von Leiharbeit erarbeitet. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften seien zudem zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht worden, deren Ziel verbesserte Arbeitsbedingungen seien.

Karen Roij, Vertreterin des Verbands der dänischen Arbeitgeber, befasste sich ebenfalls mit der in vielen Ostseeanrainerstaaten sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit und stellte die Strategie der dualen Ausbildung vor, welche Jugendliche, Arbeitgeber und die Schulen zusammenbringe. Facharbeiter seien nicht nur für die konjunkturelle Erholung, sondern auch im Hinblick auf den Wettbewerb der Unternehmen untereinander sehr wichtig. Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte sei nach der Wirtschafts- und Finanzkrise für das zukünftige europäische Wachstumspotenzial wichtig. Die Wettbewerbsstrategien der Unternehmen basierten auf dem Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften. Qualifizierte Arbeitskräfte mit entsprechender und zunehmend höherer Qualifizierung seien daher unerlässlich, um Anreize für Investitionen zu geben und Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern. Ein weltweites Wettrennen um die am besten ausgebildeten Arbeitskräfte setze sich immer weiter fort. Immer mehr Geld werde für Bildung, Forschung und Entwicklung ausgegeben. Länder wie China und Indien passten sich sehr schnell an die Bildungserfordernisse des 21. Jahrhunderts an. Damit entstehe ein Wettbewerb in Bezug auf Löhne und Wissen. Demographische Veränderungen – wie die alternde Gesellschaft – erforderten zudem rasches Handeln, wenn der derzeitige Wohlstand erhalten werden solle. Es sei wichtiger als je zuvor, das ganze Potenzial einer immer kleiner werdenden Arbeitsbevölkerung zu nutzen. Obwohl junge Menschen heutzutage besser ausgebildet seien als je zuvor, bestehe eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Deshalb müsse der Übergang junger Menschen von der Schule ins Arbeitsleben erleichtert werden. Mehr Synergien zwischen den Bildungsbereichen und der Unternehmenswelt auf allen Ebenen seien notwendig. Es habe sich gezeigt, dass eine funktionierende Kombination von Lehre und Betriebspraktika – die sogenannte duale Berufsausbildung – Jugendarbeitslosigkeit deutlich senken könne. Die Auszubildenden brächten Wissen in die Unternehmen und umgekehrt praktische Erfahrungen aus den Betrieben in die Schulen. Unternehmen bevorzugten junge Arbeitskräfte, die während ihres Studiums praktische Berufserfahrung gesammelt hätten. Länder wie Deutschland, Österreich, die Niederlande und die Schweiz hätten dieses duale System mit großem Erfolg eingeführt, und sowohl Ausbildungsstätten als auch Unternehmen profitierten davon, was sich wiederum in einer deutlich niedrigeren Jugendarbeitslosigkeit widerspiegeln würde. Eine Erklärung für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Dänemark sei nachgewiesenermaßen die

berufliche Bildung. Fast alle Schulabgänger mit Berufsausbildung seien spätestens nach einem Jahr im Beruf – auch die jungen männlichen Einwanderer. 70 Prozent der dänischen Studenten gingen einer studentischen Tätigkeit nach. Die Verbindung des akademischen Studiums mit Beispielen und Erfahrungen aus der Berufspraxis schaffe Synergien zwischen beiden Bereichen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse fänden auch auf diese Weise Eingang in die Unternehmen und führten zu positiven Auswirkungen.

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Nord und Vorsitzender des Netzwerkes der Gewerkschaften im Ostseeraum (BASTUN), erläuterte die Strategie des DGB zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auch er halte das duale Ausbildungssystem für einen der wichtigsten Faktoren bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeber sähen dieses System als sinnvollen und mittlerweile sehr erfolgreichen Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die traurige Wahrheit, dass jeder vierte Jugendliche in Europa ohne Job sei, dürfe nicht als gegeben hingenommen werden. Die Jugend sei von der Finanzkrise besonders betroffen, und die Herausforderung, hier Abhilfe zu schaffen, sei sehr groß. Polkaehn erläuterte das duale Ausbildungssystem in Deutschland und dass der Zugang zu diesem System über Arbeitsverträge zwischen den Bildungseinrichtungen und den Unternehmen erfolge. Der Staat schaffe zwar die schulischen Angebote, biete aber kaum gute Lösungen, wenn es um die Lehrangebote und die Berufsausbildung gehe. Viele Jugendliche hingen oft in schulischen Warteschleifen, weil kein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehe. Es könne nicht angehen, dass auch nur ein einziger ausbildungswilliger Jugendlicher verloren gehe. Das duale Ausbildungssystem mit betrieblicher Ausbildung, Berufsschule und Rahmenausbildungsplänen sichere Verlässlichkeit, weil sich beide Seiten – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – auf gemeinsame Ziele und den Arbeitsumfang festlegten. Die Chancen auf einen anschließenden festen Arbeitsplatz seien daher auch sehr groß. Polkaehn plädierte dafür, das duale Ausbildungssystem europaweit zu verankern und nannte die Leitlinien, die dafür unbedingt zu beachten seien. Aus der Zusammenarbeit zwischen dem DGB und dem *Baltic Sea Labour Forum (BSLF)* sei ein gemeinsames Projekt entstanden, das bestmögliche Verfahren aus einzelnen Ländern der Ostseeregion koordiniere, um daraus eventuell ein gemeinsames Ausbildungssystem für die Ostseeregion zu entwickeln.

Oddgeir Danielsen, Direktor des Sekretariats der Partnerschaft für Transport und Logistik im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDPTC), informierte über Transport und Logistikstrukturen im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt in der Ostseeregion. Die Partnerschaft für Transport und Logistik im Rahmen der Nördlichen Dimension ziele darauf ab, die großen Verkehrsverbindungen zwischen den Partnern der Nördlichen Dimension zu verbessern. Sie wolle ferner die Durchführung von Transporten und die Umsetzung von logistischen Infrastrukturprojekten beschleunigen sowie nicht-Infrastrukturbezo-

gene Engpässe beseitigen. Ein gut funktionierendes Transport- und Logistiksystem sei das Rückgrat eines gut funktionierenden Arbeitsmarktes. Außerdem ziele die Partnerschaft darauf ab, effiziente Strukturen einzurichten, die die Umsetzung der Projekte und Maßnahmen überwache. Deswegen liege ihre Hauptaufgabe bei der Entwicklung und Finanzierung von Projekten, indem sie „bankfähig“ bzw. finanzierbar gemacht würden. Der Unterstützungsfonds des NDPTL sei auch dazu da, Projekte mit nationalen und internationalen Finanzinstitutionen in Verbindung zu bringen. Möglich sei auch die Ko-Finanzierung von Projekten. Dies alles setze eine gute Vorbereitung von Projekten durch entsprechende technische Studien, Wirtschafts- und Finanzanalysen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Heranziehung aller geeigneten Institutionen voraus.

Abgeordneter **Franz Thönnies** (Deutscher Bundestag) berichtete in seiner Funktion als Berichterstatter der Ostseeparlamentarierkonferenz für Arbeitsmarktfragen über Jugendarbeitslosigkeit und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung in der Ostseeregion. In seinem der Konferenz vorgelegten Bericht über Arbeitsmarktfragen sei er insbesondere der Frage der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion nachgegangen. Die Lage sei noch dramatischer als anderenorts in Europa, was kaum bekannt sei. In den Ostseeländern schwanke die Quote zwischen 8 und 30 Prozent. In Litauen sei sogar jeder dritte junge Mensch ohne Arbeitsstelle. Am gravierendsten sei die Situation in Polen, den baltischen Staaten und in Russland mit Quoten zwischen 20 und 30 Prozent. Aber selbst in Schweden rangiere die Jugenderwerbslosigkeit bei über 20 Prozent. Sein Bericht enthalte einen Überblick über die jeweilige Situation in den Staaten der Ostseeregion und liste die Maßnahmen auf, die auf politischer Ebene ergriffen worden seien, um jungen Menschen zu helfen, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Politik dürfe nicht zulassen, dass jeder dritte Schulabgänger heute keine Perspektive habe. Er forderte die Regierungen auf, mit entsprechenden Programmen zu intervenieren. Auch transnationale Initiativen könnten helfen. Erste Schritte seien Projekte der dänisch-deutschen und der polnisch-deutschen Grenzregion. Dort gebe es bereits Vorstöße von Handels- und Handwerkskammern, jungen Dänen bzw. Polen in deutschen Unternehmen die Absolvierung ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Arbeitgeber und Gewerkschaften hätten hier übereinstimmende Vorstellungen. Nach dem Schulabschluss sollten junge Menschen einen Überblick erhalten, was ihnen an Möglichkeiten offen stehe. Ziel sollte es dabei sein, allen jungen Menschen einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz oder zusätzliche Bildungsmaßnahmen nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit anzubieten. Das Arbeitsleben dürfe nicht mit einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit beginnen. Wichtige Hilfe biete bei diesen Projekten auch das *Baltic Sea Labour Forum*, welches das erste gemeinsame Gremium in der Ostseeregion sei, das unter dem Dach des Ostseerates Arbeitgeber, Gewerkschaften und Politiker zusammenbringe. Seine Ziele seien die Förderung eines nachhaltigen Arbeitsmarktes mit fairen Arbeitsbedingungen, der Arbeitnehmermobilität in der Region und des sozialen Dialogs. Auch die Ar-

beits- und Lebensbedingungen von Gastarbeitern und Grenzpendlern stünden im Blickfeld der Arbeit des Forums. Viele gute Projekte und Ideen seien zur Verwirklichung der genannten Ziele entwickelt worden. Einzelne Länder, wie Finnland, hätten gezielte Maßnahmen ergriffen, wie die Herausgabe eines Handbuches in russischer Sprache für russische Arbeitnehmer. In der Grenzregion zwischen Deutschland und Polen werde an der Entwicklung eines Informationszentrum für Pendler gearbeitet.

Menschenhandel

Abgeordneter **Johan Linander** (Schweden) legte im Auftrag der BSPC-Arbeitsgruppe Menschenhandel einen Statusbericht zum Thema Menschenhandel in der Ostseeregion vor. Linander erklärte, nachdem die Arbeitsgruppe im vergangenen Jahr ihren Abschlussbericht vorgelegt habe, habe man beschlossen, als Folgemaßnahme ein Schreiben an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz zu richten. Das Schreiben enthalte vier detaillierte Fragen zur statistischen Erfassung von Fällen von Menschenhandel, zur Effizienz der geltenden Gesetze gegen Menschenhandel, zu Maßnahmen zur Aufspürung und Beschlagnahme der Profite sowie zur finanziellen Ausstattung der Einrichtungen, die den Menschenhandel dauerhaft und nachhaltig bekämpfen sollen. Aus den Antworten sei ersichtlich, dass viele Länder zeitlich begrenzte Aktionspläne hätten. Wichtig sei aber eine langfristige und gesicherte Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Zwangsarbeit als neue Form des Menschenhandels habe stark zugenommen. Den Opfern würden die Ausweis-papiere abgenommen, so dass sie sich in völliger Abhängigkeit von den Menschenhändlern und ihren Arbeitgebern befänden. Auch bei der organisierten Bettelei von Kindern stünden sehr häufig Verbrechenskartelle im Hintergrund, die diese Kinder ausbeuteten und sie zur Bettelei und zum Stehlen zwängen. Nicht oft genug könne der Hinweis gegeben werden, genau hinzusehen, Missstände aufzudecken und wirksame Gegenmaßnahmen gegen diese abscheuliche Verbrechensform zu ergreifen.

VII Verabschiedung der Konferenzdokumente und Wahl der Vorsitzenden

Zum Abschluss der Konferenz wurde die erarbeitete Konferenzresolution einstimmig und ohne Enthaltungen verabschiedet. Ebenso wurde das Arbeitsprogramm 2013

verabschiedet. Auf Beschluss der Konferenz erhielt der Regionalrat der Region Skåne (Schweden) den Beobachterstatus. Die amtierende Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Föderation), dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge. Zahlreiche Redner hätten im Verlauf der Konferenz zu wichtigen Themen wie regionale Partnerschaften, grenzüberschreitende Kooperation im Rahmen der EU-Ostsee-strategie und der NDEP, zu Energiefragen und Umweltschutz, grünem Wachstum und maritimer Politik, Gesundheitsversorgung und sozialem Wohlergehen Stellung genommen.

Zur neuen Vorsitzenden der Ostseeparlamentarierkonferenz wurde die estnische Abgeordnete **Laine Randjärv** gewählt. Diese dankte für ihre Wahl zur Vorsitzenden für das Jahr 2012/2013 und lud zur 22. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2013 nach Pärnu, Estland, ein. Sie betonte, dass die Ostseeregion eine Region mit vielseitigen Stärken sei. Die bereits sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Ostseerainerstaaten, die in Zukunft noch weiter ausgebaut werden solle, werde diese Stärken weiter fördern. Das Wohl der Bürger der Region, die Bewahrung der Natur und die an Umweltkriterien orientierte Nutzung der Ostsee als gemeinsames und verbindendes Element würden auch in Zukunft im Mittelpunkt der Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz stehen. Sie dankte der scheidenden Vorsitzenden für deren erfolgreiche Arbeit. Während ihrer Präsidentschaft seien wichtige Themen aufgegriffen und ausführlich behandelt worden. Viele dieser Themen, wie z. B. Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Aufschwung, öffentlich-private Partnerschaften, aber auch die Sicherheit auf See, die Sauberkeit von Luft und Wasser und die nachhaltige Förderung umweltfreundlicher Technologien, würden wichtige Punkte auf der Tagesordnung der BSPC bleiben.

Die scheidende Vorsitzende, Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Föderation), schloss die Konferenz und übergab den Staffelstab an die neue Präsidentschaft. Allen Delegierten wünschte sie eine gute Heimreise und schöne Erinnerungen an die Gastgeberstadt Sankt Petersburg.

Franz Thönnies, MdB
Delegationsleiter

VIII Verabschiedete Konferenzresolution

Die Teilnehmer, die gewählten Gesetzgeber der Ostseeanrainerstaaten*, die sich in Sankt Petersburg (Russische Föderation) vom 26. bis 28. August 2012 versammelt haben,

in Erörterung der Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltgesundheit und Energie“, „Eine gesunde und sichere Ostsee“ und „Gesundheit, Soziales und wirtschaftliche Entwicklung“,

A. unter Hervorhebung der Tatsache, dass die parlamentarische Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu demokratischen, transparenten und inklusiven Prozessen sowie zu praktischen und positiven Resultaten im täglichen Leben der Menschen beiträgt;

B. in Würdigung der engen, pragmatischen und produktiven Interaktion zwischen dem Ostseerat (CBSS) und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der weitgehenden Synchronisierung der politischen Prioritäten und des fortwährenden Austauschs auf allen Ebenen;

C. in Würdigung der Durchführung der ersten Jugendparlamentssitzung mit dem Titel „Baltic Sea Youth Session“ im April 2012 in Berlin, die im Rahmen der deutschen Ostseeratspräsidentschaft stattfand; die nachfolgenden Ostseeratspräsidentschaften auffordernd, die Organisation dieser „Baltic Sea Youth Sessions“ fortzuführen und gemeinsam mit dem Ostseerat die Teilnahme von fünf Delegierten dieses Jugendparlaments bei den jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenzen zu garantieren, um junge Menschen in die parlamentarischen Debatten über die Zukunft der Ostseeregion zu integrieren,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU sowie weitere Organisationen, die Zivilgesellschaft, den privatwirtschaftlichen Sektor, die Gemeinschaften und nichtstaatliche Organisationen auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Ostseeregion

1. die Interaktion und Zusammenarbeit bei der Umsetzung der „Sozioökonomischen Entwicklungsstrategie für Nordwestrussland“ der Russischen Föderation und weitere allgemeine politische Maßnahmen in der Ostseeregion, z. B. die EU-Ostseestrategie und die Nördliche Dimension, zu fördern;

2. die Politik der Nördlichen Dimension und ihre weitere Diversifizierung in neue operative Bereiche laufend zu unterstützen, um alle Akteure in der Region gleichberechtigt einzubeziehen und wo dies geboten erscheint den Zugang zu EU-Projekten für alle relevanten Akteure zu gewährleisten;

3. dem Ostseerat stabile und langfristige Ressourcen zur Verfügung zu stellen und den laufenden Dialog mit der Ostseeparlamentarierkonferenz über politische Prioritäten und operative Aktivitäten weiterhin zu unterstützen;

4. rechtzeitig ausreichende Ressourcen für die vollständige Umsetzung des Projekts „SEBA“ (Modernisierungspartnerschaft für den südöstlichen Ostseeraum), dessen Ziel die Verbesserung der Zusammenarbeit in Bereichen wie nachhaltige Entwicklung, Tourismus, Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor und Jugend ist, bereitzustellen;

5. eine bewusste Arbeitsteilung zwischen den Akteuren in der Region zu fördern, um ihre komparativen Vorteile zu stärken, Prioritäten zu synchronisieren und gegenseitigen Kompetenzen zu ergänzen; Kooperationsinitiativen wie das „Maritime Joint Event“ in den Jahren 2011 und 2012 sollten als Vorbild für weitere Themenbereiche unterstützt werden;

6. Toleranz, gegenseitige Achtung und Meinungsfreiheit zu fördern und die Menschenrechte in der gesamten Ostseeregion und in ihrer Nachbarschaft zu stärken;

7. die Bemühungen um die schrittweise Beseitigung von Hindernissen für die Bewegungsfreiheit der Menschen in der Region entsprechend den Ergebnissen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Rahmen eines Visumsdialogs und allmählichen Auslaufens des Visaregimes zwischen der EU und Russland fortzusetzen und so schnell und umfassend wie möglich Visaerleichterungen für Wissenschaftler, Studierende, Forscher, Sportler, Auszubildende und Jugendliche zu fördern;

* Das Parlament der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, Grönlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, der Stadt Sankt Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln sowie der Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, die Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Nordische Rat.

im Hinblick auf die Umweltgesundheit, Zusammenarbeit in Energiefragen und energieeffiziente Wirtschaft

8. das Espoo-Übereinkommen (Übereinkommen der EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben;
9. das Ballastwasserübereinkommen (Internationales Übereinkommen zur Überwachung und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen von 2004) von den Staaten ratifizieren zu lassen, die dies noch nicht getan haben;
10. alle von den Regierungen der Ostseeregion im Jahr 2007 in Krakau angenommenen Verpflichtungen nach dem HELCOM-Ostseeaktionsplan, mit denen der gute ökologische Status der Ostsee bis 2021 wiederhergestellt werden soll, vollständig umzusetzen, die Zielsetzungen für das HELCOM-Ministertreffen im Herbst 2013 bezüglich der Reduzierung der in die Ostsee abgelassenen Phosphor- und Nitratmengen zu erweitern und sich aktiv für die Koordinierung der Aktivitäten mit der Oslo-Paris-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR) im Hinblick auf die Förderung von Initiativen zur Verminderung der Schiffsabfallmenge in den Ostseeregionen sowie im Nordwestatlantik und im Ärmelkanal einzusetzen;
11. im Rahmen der Verbesserung der Gesundheit und Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee Maßnahmen durchzuführen, um die Quellen der Verschmutzung durch Abwässer im Wassereinzugsgebiet der Ostsee zu beseitigen, z. B. durch die Modernisierung von Klärsystemen und kommunalen Abwasseranlagen;
12. zur Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien bei der Verarbeitung tierischer Abfälle und bei der Geflügelzucht beizutragen;
13. die Verminderung des Zustroms biogener Stoffe in die Ostsee durch Einführung bestmöglicher landwirtschaftlicher Verfahren und Technologien für den Umgang mit Abfällen aus der Viehzucht einschließlich der Geflügelzucht und den allmählichen Rückgang der Nutzung von Polyphosphaten in synthetischen Wasch- und Reinigungsmitteln zu fördern;
14. die bessere Gesundheit und die Wiederherstellung des Ökosystems Ostsee durch Verbesserung von Recyclingverfahren, Schaffung neuer Deponien für kommunale und industrielle Abfälle mit konsequenter Beanspruchung von Land und Beseitigung der Lagerung veralteter Pestizide zu fördern;
15. die Arbeit im Rahmen des trilateralen Projekts „Jahr des Finnischen Meerbusens“ zu begrüßen, deren Ziel die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgesundheit der Ostsee vor allem durch Forschungs- und Umweltschutzmaßnahmen ist, die den besseren ökologischen Status des Ökosystems Ostsee fördern;
16. nachhaltige Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung des grünen Wachstums, der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien zu treffen und an die jeweiligen nationalen Bedingungen angepasste verbindliche Energieeffizienzziele zu verabschieden;
17. sich innerhalb der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) aktiv für die Verbesserung der zu einem früheren Zeitpunkt angenommenen technischen Anforderungen in Bezug auf die Energieeffizienz neuer Seeschiffe und die Entwicklung weltweit verbindlicher technischer bzw. betrieblicher Regeln einzusetzen, um die Menge der von den vorhandenen Schiffen ausgestoßenen CO₂-Emissionen zu verringern;
18. die energiepolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum (BASREC) zu unterstützen und die während der BASREC-Ministertagung am 14. und 15. Mai 2012 vereinbarten Verpflichtungen für 2012 bis 2015 umzusetzen, um nachhaltige Energiesysteme in der Region zu entwickeln und die Energiemärkte und die Energieinfrastruktur zu integrieren;
19. die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch die Erschließung erneuerbarer Energiequellen zu vermindern;
20. Bildung, Forschung und Entwicklung zu grünem Wachstum und Energieeffizienz zu fördern und Maßnahmen zur Verbreitung von Informationen, zum Austausch bewährter Verfahren und zur Aufklärung über die ökologischen und ökonomischen Vorteile und Möglichkeiten der Energieeinsparung zu treffen;
21. die Aktivitäten der Expertengruppe des Ostseerates für nachhaltige Entwicklung „Baltic 21“ zu unterstützen, deren Schwerpunkt auf folgenden vier strategischen Bereichen liegt: Klimawandel, nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion, Innovation und Bildung für nachhaltige Entwicklung, nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung;
22. politische Anreize und innovative Finanzprogramme zu schaffen, um Pilotprojekte und Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen auf den Weg zu bringen;
23. das grüne öffentliche Beschaffungswesen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung zu fördern und dafür zu sorgen, dass die Standards des grünen öffentlichen Beschaffungswesens gleiche Ausgangsbedingungen für Unternehmen schaffen und nicht zu Wettbewerbsnachteilen für kleine und mittelständische Unternehmen führen;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik

24. Informationsaustausch, gemeinsame Planungen und die Weitergabe bewährter Verfahren zwischen den Meeresbehörden auszubauen, um den wachsenden Schiffsverkehr in der Ostsee zu bewältigen;
25. Informationstechnologien und elektronische Navigationstechnologien zur Meeresüberwachung in Echtzeit zu entwickeln, um das Schiffsverkehrsmanagement zu verbessern und gemeinsam gegen Havarien gewappnet zu sein;
26. die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt in der Ostseeregion mithilfe geeigneter und gezielter Anreize zu stärken;
27. Forschung und Innovation zu fördern, um Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit im Seeverkehr, Energieeffizienz, Reduzierung von Emissionen, alternative Antriebstechnologien und erneuerbare Energien zu entwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion im globalen Wettbewerb zu stärken;
28. weitere Maßnahmen mit dem Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen makroregionalen Präventions- und Bereitschaftsansatzes gegenüber Katastrophen und Notfällen auf See und an Land durchzuführen und im Hinblick auf die Bekämpfung von Ölleckagen unter Eisbedingungen sowie schlechten Witterungs- und Sichtbedingungen entsprechende Forschungsprojekte zu unterstützen und Technologien zu entwickeln;
29. die Zusammenarbeit mit Seeschiffahrtsunternehmen zu stärken, um das Risiko von Havarien und Grundberührungen weiter zu vermeiden und zu minimieren;
30. die Umsetzung des Drei-Parteien-Projekts „The Gulf of Finland Year 2014“ („Jahr des Finnischen Meerbusens“) zu unterstützen, mit dem die gemeinsamen Forschungs- und Schutzbemühungen Finnlands, Estlands und Russlands konsolidiert werden sollen, um die maritimen Ökosysteme der Ostsee zu stärken;
31. den Aufbau eines stärker integrierten Wissensnetzwerks über maritime Fragen (Umwelt, Fischerei, Raumplanung, Schifffahrt usw.) zu unterstützen;
32. die handwerkliche Fischereiwirtschaft zu fördern und die Möglichkeiten für Investitionen in ökologische Formen des maritimen Tourismus zu verbessern;
33. gemeinsame Ziele der maritimen Raumordnungspolitik (unter Einbeziehung der Leitlinien der VASAB (*Visions and Strategies around the Baltic*)) zu erarbeiten;
34. die Entwicklung und Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Ostseeregion zu unterstützen, um die grenzüberschreitende Kriminalität und Sicherheitsbedrohungen auf See zu bekämpfen;

im Hinblick auf die Bereiche Gesundheit, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung

35. das Profil der Bereiche Gesundheit und Soziales auf der regionalen Kooperationsagenda zu schärfen und die Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Soziales zu unterstützen, um die fortlaufenden Maßnahmen zur Stärkung der Bereiche Gesundheit und Soziales weiterzuverfolgen und dabei die Alterung der Gesellschaft, die großen Belastungen durch nicht meldepflichtige Krankheiten und die Antibiotikaresistenzen zu berücksichtigen;
36. die Ressourcen der älteren Bevölkerung zu berücksichtigen, ihnen den Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen und ihre Fähigkeiten generell zu nutzen;
37. eine mittel- bis langfristige Strategie zu entwickeln und diese mit wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterfüttern und dafür zu sorgen, dass die vorhandenen Programme, die dieses Ziel verfolgen, besser aufeinander abgestimmt werden; Ziel sollte es sein, allen jungen Menschen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen oder eine Mischung aus Beschäftigung und Berufsausbildung nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit anzubieten. Das Arbeitsleben darf nicht mit einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit beginnen;
38. eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen vor Ort zu fördern, um Initiativen für die Unterstützung des Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben für junge Menschen zu entwickeln;
39. Maßnahmen zur Förderung von Bildung und Berufsausbildung, zur Entwicklung von Fähigkeiten und zum lebenslangen Lernen weiterzuentwickeln, um den Bedarf an Fachkräften zu decken und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, und in diesem Zusammenhang die Nutzung des Konzepts der dualen Ausbildung zu intensivieren und Initiativen auf den Weg zu bringen, um die Chancen für unqualifizierte und arbeitslose junge Menschen, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, zu verbessern;
40. sich für die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen in den Ländern der Ostseeregion einzusetzen und die Qualität der Berufsausbildung in der Region auf der Grundlage bewährter Verfahren, entsprechender Forschungsergebnisse und des zukünftigen Bedarfs der Gesellschaft zu entwickeln;

41. soweit wie möglich Hindernisse zu beseitigen, die der Mobilität von Arbeitnehmern und Unternehmen entgegenstehen, und zu diesem Zweck die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen und den vorhandenen grenzüberschreitenden Informationszentren aktiv zu unterstützen;
42. das „Baltic Sea Labour Forum“ (BSLF) als Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Kommunikation zwischen den wichtigsten Akteuren auf den Arbeitsmärkten in der Ostseeregion zu unterstützen und zu fördern und unter anderem auch das BSLF bei der Förderung des sozialen Dialogs, der Drei-Parteien-Strukturen und der Zusammenarbeit als entscheidende Bestandteile des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen sozialen Entwicklung zu unterstützen;
43. die Zusammenarbeit bei Modernisierung und Innovation zu fördern und sich dabei auf das Wachstum von Schwerpunktbereichen und langfristig auf die Etablierung regionaler Partnerschaften insbesondere in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung zu konzentrieren;
44. mithilfe eines regionalen Direktinvestitionsfonds und aktiver Bildungsmaßnahmen ein Netzwerk für Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Plattform für nachhaltiges Wachstum zu schaffen;
45. die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus an Land und auf dem Meer zu unterstützen; dies schließt die Verbesserung der Mobilität und Zugänglichkeit durch andere Verkehrsmittel, die nicht mit dem motorisierten Individualverkehr in Zusammenhang stehen, und die strikte Regulierung der Nutzung von Schutzgebieten ein;
46. Konzepte für altersgerechte Arbeitsbedingungen und einen besseren Zugang zu lebenslangem Lernen auch für Ältere zu entwickeln;
47. Konzepte zu entwickeln, um besonders benachteiligten Gruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern;
48. Programme für Kommunen im Hinblick auf kommunale Strategien für den Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels zu unterstützen;
49. qualitative Kriterien als Indikatoren für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik zu entwickeln;
50. die Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderen Wissens über Art und Umfang neuer Formen des Menschenhandels, z. B. Menschenhandel zum Zweck des Bettelns, zum Zweck der Durchführung von Straftaten wie Diebstahl und Betrug und zum Zweck des Identitätsdiebstahls, zu fördern und die gesetzlichen und operativen Mittel zur Feststellung und Bekämpfung dieser Formen des Menschenhandels zu stärken;

darüber hinaus beschließt die Konferenz,

51. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für die Jahre 2012 und 2013 anzunehmen;
52. dem **Regionalrat von Skåne** den Beobachterstatus zu gewähren;
53. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Estland, die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu auszurichten, mit Dank anzunehmen.

